

Die „Volkswacht“  
erscheint wöchentlich 6 Mal  
und ist durch die  
Expedition, Neue Graupenstr. 4/6,  
und durch Botenposten zu beziehen.  
Preis vierteljährlich M. 2,50,  
einzelne Nummern 40 Pf.  
Durch die Post bezogen M. 2,50,  
frei im Haus M. 2,90,  
wo keine Post am Orte, M. 3,34.

Telephon  
Redaktion 3141.

# Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Informationen  
beruht für die Redaktion  
Sachverhalte über deren Raum  
25 Pfennige.  
für Arbeitsmarkt, Statistik und  
Berufsaussagen  
15 Pfennige.  
Anzeigenpreise 25 Pf.  
Sonstige für die nächste Nummer  
müssen bis Freitag 9 Uhr in der  
Expedition abgegeben werden.

Telephon  
Expedition 1206.

Nr. 107.

Breslau, Dienstag, den 9. Mai 1911

22. Jahrgang.

## Die Oberbürgermeisterwahl in Stuttgart.

Wie unseren Lesern bereits bekannt ist, findet am 12. Mai in der württembergischen Haupt- und Residenzstadt Stuttgart die Wahl eines neuen Oberbürgermeisters statt. Die Wahl ist notwendig geworden, weil das bisherige Stadtoberhaupt, Dr. v. Gauß, sein Amt aus Gesundheitsrücksichten niedergelegt hat. Sofort, als die Neuwahl bekannt wurde, tauchte in der bürgerlichen Presse eine Notiz auf, in der von der Möglichkeit eines sozialdemokratischen Oberbürgermeisters die Rede war. Die Parteiführer schwiegen dazu, obwohl es in Parteikreisen bekannt war, daß eine solche Möglichkeit nicht ausgeschlossen schien.

Denn Württemberg hat das verhältnismäßig freieste Gemeindevahlrecht in Deutschland. Nicht nur die Vertreter der Bürgerschaft, sondern auch die Stadtoberhäupter werden auf Grund des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts von allen Bürgern gewählt. Die Bestätigung der Bürgermeister unterliegt dem Ministerium, für die Hauptstadt der Krone. Da nun die Sozialdemokratie in den württembergischen Kommunen, und speziell in Stuttgart, von Jahr zu Jahr stetig vorwärtsschreitet, da sie in Stuttgart bei der letzten Bürgerauswahl 42 bis 45 Prozent aller Wähler auf ihre Kandidaten vereinigte, und da ferner bei der Bürgermeisterwahl die relative Mehrheit (ohne Stichwahl) entscheidet, so konnte den Spießbürgern in der Tat gruselig werden. Sollte doch noch zum Schrecken aller Dummköpfe der Minister v. Pfister anlässlich einer Debatte im Landtag geäußert, der Bestätigung eines Sozialdemokraten zur Bekleidung eines öffentlichen Amtes läge von der Regierung aus nichts im Wege.

Man machte sich also eifrig an die Vorarbeiten zur Wahl. Das Bürgerrecht, welches an einen dreißigjährigen Aufenthalt, Zahlung einer Wohnsteuer und Entrichtung einer Gebühr von 2 Mark gebunden ist, wurde fleißig erworben. Rentiere, Privatiere, Kleinhandwerker, Beamte und Mittelständler — Leute, die sonst tumber politisch schlummern, erwarben sich das Bürgerrecht; aber auch die Arbeiterschaft war nicht untätig. Sie bestrebt in Stuttgart eine starke Organisation und ist bei Wahlen und dergleichen immer tüchtig auf dem Posten. Nur zur Frage der Kandidatur nahm sie, wohl aus taktischen Gründen, lange keine Stellung, so daß die bürgerlichen Parteien und ihre Presse fortgesetzt in Fragen und Bangen schwelgen. Kommt ein sozialdemokratischer Kandidat oder kommt keiner? — das war die Frage, die den Spießbürger bis in seine Träume verfolgte. Indessen marschierten die Kandidaten des Bürgertums auf. Sieben Mann bewarben sich um den Posten und hielten allabendlich in den einzelnen Bezirken Versammlungen ab, in denen sie sich, ihr Programm entwickelnd, den Wählern vorstellten und um ihre Stimme warben.

Am Donnerstag Abend sind nun die Würfel gefallen. Die Sozialdemokratie hat mit übergroßer Mehrheit beschlossen, einen eigenen Kandidaten aufzustellen. Genosse Dr. Lindemann, einer der hervorragendsten Kenner der Kommunalpolitik, dessen Schriften überall — auch im Bürgertum — Verbreitung und Anerkennung gefunden haben, der im Reichstag, im württembergischen Landtag und auch innerhalb der Stuttgarter Gemeinde eine tüchtige Tätigkeit im Interesse der Arbeiterklasse und des Fortschritts entfaltet hat, ist zum Kandidaten nominiert worden.

Bei seiner Aufstellung machten sich keine Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Stuttgarter Genossen bemerkbar. Es handelte sich in der Hauptsache darum, ob Genosse Lindemann im Falle seiner Wahl Repräsentationspflichten übernehmen soll oder nicht. Genosse Lindemann erklärte, daß solche nicht zu umgehen seien, und die Versammlung akzeptierte das und beschloß mit dreiviertel Majorität, ihn von den Organisationsbeschlüssen, soweit sie in Betracht kommen, zu entbinden und mit aller Energie für seine Wahl einzutreten.

Damit hat die Stuttgarter Parteigenossenschaft nach unserer Meinung einen durchaus fortschrittlichen Standpunkt eingenommen, der nichts weiter bedeutet, als eine konsequente Fortentwicklung des parlamentarischen Gedankens. Wohl wissen wir, daß das Schwerkgewicht der Stadtverwaltung nicht auf dem Bürgermeister, sondern in der Vertretung der Stadt selbst liegt. Immerhin kann der Bürgermeister ein gewichtiges Wort reden und weit über die Stadt hinaus Anregungen von großer sozialer Bedeutung geben. Dies ist in Stuttgart um so mehr der Fall, weil er eine Mehrheit von fortschrittlichen Stadtverordneten, in der Hauptsache Sozialdemokraten, die sich noch vermehren werden, hinter sich hat. Die Repräsentationspflichten der Krone gegenüber sind von minder wichtiger Bedeutung und dürfen die Arbeiterklasse keineswegs veranlassen, ihre Macht nicht auszunutzen und Positionen den Gegnern zu überlassen, was eintreten würde, wenn die Arbeiterklasse ihrem Kandidaten den Vortritt mit der Krone unterlag: in einem Vierteljahr wäre dieser Bür-

germeister unmöglich und die Gegner triumphierten. In Stuttgart konzentriert sich das gesamte industrielle Leben Württembergs. In den letzten Jahren sind eine Reihe Industriezweige eingelegt worden, die die politische Macht der Partei in der Stadtverwaltung noch verstärken. Eine absolute Mehrheit der sozialdemokratischen Stadtverordneten ist in den kommenden Jahren nicht ausgeschlossen. Mit dem Wachstum des Einflusses der Arbeiterklasse ist die bürgerliche Demokratie, die einst in allen Körperschaften Württembergs die Oberherrschaft hatte, zurückgebrängt worden. Die Industrialisierung entzog der Demokratie den Nährboden, und die Arbeiterklasse und die rechtsstehenden Parteien vergrößerten sich auf ihre Kosten. Nun heißt es für die Arbeiterklasse, die Macht anzuwenden, die ihr die Entwicklung in die Hände gespielt hat. An ihr liegt es, ob ein Reaktionsär oder ein Vertreter ihrer Klasse an die Spitze der Stadt kommt. Wollte man den paar Konzeptionen zuliebe, die dabei zu machen sind, die Hände in den Schoß legen, so bedeutete das weiter nichts, als eine Kapitulation vor uns selbst. Wir bewiesen uns als unfähig, sobald wir die Konsequenzen des Parlamentarismus und der Entwicklung in ihrer logischen Folge nicht anzuwenden.

Der Klassenkampf, auf ökonomischer Grundlage beruhend, nimmt deshalb ungehindert seine Wege, und die soziale Revolution wird dadurch in keiner Weise aufgehalten. Im Gegenteil: wir stärken dabei die Macht der Arbeiterklasse, gewinnen an Einfluß und zeigen, daß wir fähig sind zur ernsthaften Reformpolitik.

Wir würden vor keine derartigen Fragen gestellt werden, wenn die Entwicklung in ganz Deutschland auf gleiche Weise vor sich ginge. Das ist nicht der Fall, weil einerseits die Tradition des Landes und andererseits die Verbreitung der Industrie dabei eine große Rolle spielen. Sollen wir nun die Macht, die wir in den einzelnen Staaten oder Kommunen heute besitzen, mit einigen Konzeptionen ausnützen, oder sollen wir, an einer gewissen Grenze angelangt, negieren und warten, bis in Buthude, in Ostelbien, in Posen oder in sonst einem finsternen Winkel die Entwicklung auf gleicher Höhe angelangt ist, so daß es zur Umwälzung der gesamten Gesellschaft kommt?

Das letztere dauert voraussichtlich noch recht lange, und deshalb wollen wir den Willen zeigen, überall, wo es möglich ist, zum Nutzen der Arbeiterklasse und im Dienste der freiheitlichen Entwicklung Reformarbeit leisten.

Ein Weg dazu ist die Beteiligung an der Stuttgarter Oberbürgermeisterwahl. Die Stuttgarter Parteigenossen haben ihren Beschluß, den Verhältnissen entsprechend, gefaßt. Mögen sie nun auch siegreich aus dem Wahlkampf hervorgehen. Die Gegner klagen bereits zum Sammeln. Ein Witzmaschendant soll den Arbeiterkandidaten niederbringen. Zwei bürgerliche Bewerber sind schon auf den Beschluß unserer Partei hin zurückgetreten. Anderen werden vielleicht noch folgen. Aber trotzdem wird die Stuttgarter Arbeiterschaft zeigen, daß auch sie ihren Mann zu stellen weiß, daß sie nicht nur kämpfen, sondern auch siegen kann.

## Politische Uebersicht.

### Die Kommerzienräte gegen die Regierung.

Vorige Woche fand in Oppeln die Vollversammlung der Handelskammer für den Regierungsbezirk Oppeln statt. Die Verhandlungen sollten sich insofern sehr interessant gestalten, als es bei der Beratung über die Errichtung von Pflichtfortbildungsschulen zu einem Meinungsaustrausch zwischen dem Regierungspräsidenten und fast allen Handelskammermitgliedern kam, dem dieser dadurch ein Ende bereite, daß er einfach den Saal verließ und die Herren weiter reden ließ.

Es kam nämlich mit schrecklicher Deutlichkeit zur Geltung, wie unbankbar sich die Großindustrie gegenüber dem Bestreben der Regierung zeigt, die heranwachsende Arbeiterschaft möglichst lange vor dem Einfluß durch die sozialdemokratische Organisation zu bewahren.

Unbankbar ist der Welt Lohn! Selbst Kommerzienräte haben gelernt, undankbar zu sein. Wir geben wirklich bösen Zeiten entgegen, wenn solche Säulen der Gesellschaft und des Patriotismus undankbar werden. Des Rätsels Lösung liegt, wie bei allen analogen Fällen, im Portemonnaie. Der Fortbildungsschulzwang legt ihnen Ausgaben und Ausfälle an billiger Arbeitskraft auf. Daher der Unbank!

Kommerzienrat Grünfeld erklärte rundweg, daß sich die Großindustrie weigern würde, jugendliche Arbeiter zu beschäftigen, wenn der Entwurf Gesetz würde. Er schlug vor, die Pflicht zum Schulbesuch nur auf die kaufmännischen und handwerksmäßig beschäftigten Personen auszuheben. Kommerzienrat Niede (Deutscher Kandidat) stimmte dem bei und sagte, die Leute seien überhaupt zu faul zu diesem Schulbesuch. Sie wollen nur Handarbeiter sein. Vergnügt Billiger, der Kammervorsitzende, machte das offene Geständnis: Wir müssen selbst zugeben, daß wir alles daran setzen, unsere Arbeiter, was nur heranzubringen ist, und wer tagsüber gearbeitet hat, ist dann handwerklich, um noch geistig beschäftigt zu werden. Hier mag es doch dem Regierungspräsidenten ganz anders gehen. Denn er stand auf und sagte: Ich muß hiergegen Stellung

nehmen, damit es nicht den Anschein hat, als ob ich mit diesen Ausführungen einverstanden sei. Darauf versuchte er, den Herren den Braten etwas aufzuwärmen und wies darauf hin, daß der Schulzwang verbunden sei mit den ländlichen Fortbildungsschulen. Aber er hatte keinen Erfolg. Sofort nach ihm erhob sich ein biederer Kaufmann und sagte „Nein“. Währenddem verabschiedete sich der Vorredner.

Als erster hiesiger Kommerzienrat Goldstein zum Ausdruck. Die Ueberanstrengung, meinte er, sei bei den jungen Arbeitern nicht so groß. Doch wäre es besser, daß die Schulpflicht auf das 15. Lebensjahre ausgedehnt würde. Begründend hätte er sagen können, weil wir einen 15jährigen Arbeiterburschen nicht so schonen brauchen als einen 14jährigen. So dauerte das grausame Spiel noch eine Weile fort. Einige Kraftausdrücke fielen noch. So z. B. der Kollektivbegriff „Die Bande“, sollte heißen die nach dem Gesetz der Fortbildungsschulpflicht unterstehenden Arbeiter.

Das ist der Kapitalismus in Meinkultur, nackt, ohne Verbrämung. Was geht uns die Bildung, die geistige und körperliche Gesundheit der Arbeiter an? Was geht uns überhaupt der Mensch an, der für uns schuftet. Seine Hände, seine Muskeln — die interessieren uns, die muß er anstrengen, bis er hundemüde zu Boden sinkt — alles andere schiert ihn nicht, den Götzen Kapital. Und wenn die Regierung ihm bei seinen Ausbeutungsbestrebungen in den Weg tritt, dann gilt auch ihr der Krieg, dann weg mit ihrer Autorität, mit allem Patriotismus. Was bringt er ein? Wenn er unseren Profit steigert, dann mag er leben. Wenn er uns stört — dann nieder mit ihm! Möchte sich die Habgier und Ausbeutungssucht des Kapitals recht oft so unverhüllt zeigen, damit er aufwacht, der obersteleische Grubenklau, der jetzt noch demütig hinter seinen Peinigern hertrötelt.

### Zur Niederlage des Zentrums

in Rosenheim und Straubing schreibt unser Nürnberg-Parteiblatt:

Es ist ein schmerzreicher Verlust des Zentrums: bei einem Stimmenrückgang von mehr als 80 Prozent kann man schon mit einigem Recht von einer schweren Niederlage reden. Bisher hat sich das Zentrum als der „ruhende Pol in der Erscheinungen-Flucht“ gerühmt. Ueber die Stimmenverluste, die das Zentrum bei den Nachwahlen zum Reichstag außerhalb Bayerns erlitten hat, mußte die schwarze Presse ihre Leser immer in geschickter Weise hinwegtäuschen. Dann kam der Verlust des Reichstagsmandats in Rempten-Innenstadt, jetzt Rosenheim und Straubing an einem Tag.

Just in Bayern, wo das Zentrum als Mehrheit herrscht, beginnt der Abstieg. Die Sozialdemokratie ist es, die dem Zentrum empfindliche Verluste beibringt, die selbst in die Hochburgen der angeblich unerschütterlichen Positionen der Mehrheitspartei Bresche legt. Stolz wie ein Spanier hat das Zentrum auf dem Münchener Parteitag unserer Partei Fehde angesagt: Der Sozialdemokratie gilt als in erster Linie der Kampf. Vernichtet die Infame, raucht es Tag für Tag aus dem Blätterwald des Zentrums. Die Sozialdemokratie gedeiht nicht schlecht bei dem Kreuzzug, den die schwarzen Heiligen gegen uns führen.

Unsere Aufklärungsarbeit wirkt. Selbst in den dunkelsten Gegenden des Landes erwacht allmählich das mit Zöllen und Steuern durch die Mitschuld des Zentrums arg belastete Volk. Wir können den bevorstehenden Reichstagswahlen, wenn unsere Freunde in Stadt und Land unverdrossen ihre Schulbigkeit tun, guten Mutes entgegensehen.

### Ein Opfer deutscher Knachtsittlichkeit.

In Berlin hat sich dieser Tage der russische Student Demetrius Dubrowsky erschossen, weil ihm die Aufnahme an der Berliner Universität von der Hochschulbehörde auf Befehl der Polizei verweigert worden war. Dubrowsky, der Mathematik und Physik studierte, kam aus Jena nach Berlin, um hier seine Studien fortzusetzen. Daß er hierbei auf Hindernisse stoßen würde, konnte er nicht ahnen, da seine Papiere in tadelloser Ordnung waren und ein Abgangszeugnis der Petersburger Universität ihm noch obendrein sein Wohlverhalten ausdrücklich bescheinigte. „Gegen den Besuch von Vorlesungen an einer ausländischen Universität“, heißt es in diesem Zeugnis, „liegen seitens der Petersburger Universitätsbehörden verfahren bei der Aufnahme russischer Studenten nicht nach den Wünschen der russischen Fakultäten, sondern nach den Befehlen der russischen Kriminalpolizei, und dieser skandalöse Zustand ist es, der dem ges. Dubrowsky das junge Leben kostete. Nach zehn Tagen Mariens erfuhr der russische Student vom Verlaß seiner verlässlichen Daude, daß „auf Grund der an der Person eingezogenen Erkundigungen“ seine Aufnahme an der Berliner Hochschule abgelehnt worden sei. Nichtsdesto: diesen Bescheid erhielt, äußerte er zu seiner Frau: „Jetzt ist es aus mit mir!“ Er zog sich der verhängnisvollen Schuß.

Dubrowsky soll „politisch verdrängt“ gewesen sein. Warum, weiß kein Mensch. Vielleicht liegt eine Verurteilung vor, vielleicht auch ein Irrtum.



Denk des Jaren seinen Eifer beweisen wollen, indem er einen politisch Verdächtigen fand, wo niemand sonst ihn vermutete. Aber man sage wirklich den Fall, daß Dubrowsky Anschauungen betätigt hätte, die dem jetzigen russischen Regierungssystem nicht entsprechen. Kann das für eine Universitätsbehörde, die etwas auf sogenannte „nationale Würde“ hält, ein Grund sein, einem so stigmatisierten Menschen die Tür ihrer Schule zu verschließen, ihn der Verurteilung zu überliefern, ihn womöglich in den Tod zu hegen? Nein! Deutsche Knechtseligkeit, deutsche Liebedienerei vor dem Jaren hat dieses junge Menschenleben auf dem Gewissen!

Das System, das dem jungen Dubrowsky das Leben kostete, ist nicht neu. Es besteht seit vielen Jahren, es ist aus Anlaß des Königsberger Geheimbundprozesses im Jahre 1904 Gegenstand lebhaftester Erörterungen gewesen, es hat dann trotz der allgemeinen Verurteilung, die er erfuhr, im stillen weiter gewirkt, bis es jetzt plötzlich wieder zu einer Katastrophe führte und dadurch alle Welt erinnerte, daß dieser Schandfleck noch immer nicht getilgt ist.

Die preussischen Universitätsbehörden empfangen ihre Weisungen von der politischen Polizei, die selber wieder nichts anderes als das ausführende Organ der russischen Kriminal-polizei ist. So entsteht — eine Spezialität auf dem Gebiet des öffentlichen Rechts — ein deutsch-russischer Instanzenzug, bei dem irgend ein russischer Spigel die höchste entscheidende, der preussische Universitätsdirektor die unterste vollziehende Instanz ist. Der gegenwärtige Rektor der Berliner Universität, Herr Professor Rubner, hat mit der ganzen Nationalität eines westfremden Gelehrten einem Ausrufer des „Berl. Tagebl.“ gegenüber diesen ganzen schmachvollen Zustand klar-gelegt.

Wenn es sich um die Immatrikulation von Ausländern handelt, so plauderte der Rektor, „dann sind wir verpflichtet, falls wir uns mit dem Minister nicht in Konflikt setzen wollen, diese Tatsache mit ein paar hinweisenden Worten der Kriminalpolizei mitzuteilen. Nach 8—14 Tagen kommt der Beschreib der Kriminalpolizei, die sich inzwischen bei der Regierung des betreffenden Staates erkundigt hat, zurück. Entweder ist gegen die Immatrikulation nichts einzuwenden oder die Kriminalpolizei sagt Nein, weil der Student politisch verdächtig ist, oder aber die nötigen Substanzmittel nicht besitzt. Wir können dabei weiter nichts tun... Die Polizei teilt uns übrigens bei den als politisch verdächtig bezeichneten keine näheren Einzelheiten mit, da es sich um geheime Akten handelt.“

Die Universitätsbehörde erfährt also gar nicht einmal, warum sie dem Gelehrten den Weg zu einer bürgerlichen Existenz versperren soll. Sie bleibt der blinde Handlanger einer höheren Gewalt und handelt, ohne nach den Gründen zu fragen, wie irgend ein Spigel und Denunziant von der Glorie des Jaren ihr befiehlt. Sie muß schweigen und dienen, wenn sie nicht — entsetzlicher Gedanke! — mit dem Herrn Minister in Konflikt geraten will.

Der Jar hat sich seine preussischen Minister gut gezogen und die Herren Professoren langen an der Stirn der Minister!

### Der zweite Tag der Versicherungsordnung.

Der Reichstag setzte am Sonnabend die zweite Sitzung der Reichsversicherungsordnung fort. Man kam mit dem ersten Buch, das die allgemeinen Vorschriften enthält, zu Ende und begann trotz zahlreicher Rufe nach Vertagung noch mit dem zweiten Buch, das die Krankenversicherung enthält. Etwas weniger vorwiegend als Tags zuvor waren ja, wenigstens in den ersten Stunden der Sitzung, die Vertreter der Reichsparteien; aber je weiter man in der Beratung fortschritt, desto mehr wurde der Arbeitsschloß wieder zum Trappensloß. Am Regierungstisch war man nicht ganz so schweigsam, wie am Freitag, hin und wieder sprach dieser und jener Geheimrat. Einiges, wenn auch gewöhnlich nicht sehr Erhebliches. Wieder wurden alle Verbesserungsanträge, die von unserer Fraktion gestellt wurden, so die Anträge zugunsten der ausländischen Arbeiter, der Hausgewerbetreibenden, der Kleinrentner, abgelehnt; es war bezeichnend, daß der schlaue Mann aus der konservativen Potsdamer Werkstatt, Tischlermeister Pauli, am allerleisig-

sten gegen die Berücksichtigung des kleinen Mittelstandes getratete. Ein nettes Stück konservativer Mittelstandspolitik. Die schweigsame Arbeitsmehrheit ließ nur ein paar kleine Abänderungen gültig zu, die sich auf die Gemeinden und die Hantelmeister bezogen. Einmal gab in einem Anfall von Ehrlichkeit Herr Dr. Pfeiffer, übrigens eines der anhänglichsten Mitglieder der Mehrheit, die Lotterigkeit der Kommissionsfassung zu und verdrückte auf die dritte Lesung. Als man einen sehr wichtigen Paragraphen vor einem sehr zusammengesetzten Hause erledigen wollte, verdrückte Genosse Debel den Durchschleichen das Spiel, indem er die Beschlußfähigkeit bezweifelte. Auch das willendste und ohrenzerrendste Lärmen konnte an diesem sonnenabendlichen Beschlußunfähigkeitszustand nichts ändern.

Der undankbare Aufgabe, der taubstummen Mehrheit gegenüber unsere Anträge zu verteidigen, lagen die Genossen Hilbrand, Busch, Hock, Moskenbueh, Brey, Gue, Schmidt-Berlin, Albrecht, Brühne und in einer sehr bemerkenswerten Jungferntrede Genosse Wächner ob. — Am Montag folgt die Fortsetzung.

### Der Verfassungs-Ruhhandel. Der „Berliner Lokal-Anzeiger“

konnte am Sonnabend in seiner „Morgen-Ausgabe“ melden, daß über die strittigen Bestimmungen in der Vorlage, die Verfassung für Elsaß-Lothringen betreffend, zwischen den Führern der bürgerlichen Parteien und der Regierung eine Verständigung erzielt worden sei. Nur einige Forderungen der Freisinnigen seien noch in der Schwebe. Am Sonnabend Abend teilte nun die „National-liberale Korrespondenz“ eine Zuschrift mit, die ihr von „beachtenswerter Seite“ zugegangen ist, und in der ausgeführt wird:

„Die in einem Teil der Presse verbreitete Mitteilung, daß zwischen der Regierung und den Parteien des Reichstages eine Einigung über die reichslandliche Verfassungsfrage e n d g ü l t i g abgeschlossen sei, beruht auf einem Irrtum... Wohl haben zwischen den Vertretern der Reichsregierung und einzelnen Parteien des Reichstages Verhandlungen stattgefunden, doch haben dieselben zu einer Einigung bislang noch nicht geführt.“

Die „Nationalzeitung“, die man bisher immer zu den führenden Organen der national-liberalen Partei zu zählen gewohnt war, gibt dagegen in ihrer Ausgabe vom Sonntag-Morgen die Meldung der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung“ wieder, wonach das Kompromiß fertig sei und die Vorlage auf die Stimmen des Zentrums und der Liberalen rechnen könne.

Es hat den Anschein, als ob die Nationalliberalen wieder einmal selber nicht wissen, in welcher Weise mit ihnen Schindler getrieben wird. Soviel aber steht fest, daß sehr eingehende Verhandlungen mit den Parteiführern stattgefunden haben, und der Vorsitzende, Prinz Schönaich-Carolath hat in einer Besprechung der Kommissionsvorsitzenden mit einem geradezu auffallenden Eifer daran festgehalten, daß seine Kommission diesen Dienstag unter allen Umständen zu einer Sitzung zusammentreten müsse. Jedenfalls wird man also am Dienstag Aufschluß erfahren können.

**Matiste und Eulenburg.** Der ehemalige deutsche Botschafter Fürst Eulenburg steht unter der Anklage des wissenschaftlichen Meineides. Er ist also weit härter ange-schuldigt, als der Generalagent Matiste, der augenblicklich des Glücksspiels angeklagt vor den Berliner Richtern steht. Den Angeklagten Matiste hat man aus dem Sanatorium, in das er sich, wie es jetzt bei bessergestellten Angeklagten üblich ist, zurückgezogen hatte, mittels eines gutgehenden Automobils nach Berlin geschafft, wo er nun, durch den Haftbefehl gezwungen, vor Gericht Rede und Antwort stehen muß. Der Staatsanwalt erklärte:

Ich beantrage, daß der Angeklagte nötigenfalls mittels Krausnagels hierher geschafft wird. Das Unter-suchungsgeheimnis ist mit derartig vorzüglichen Einrich-tungen versehen, daß der Angeklagte, selbst wenn er krank sein sollte, hier ohne Schaden aufgenommen werden könnte.

Der Angeklagte Matiste, der Tags zuvor noch schwer-frank war, hat sich dann für verhandlungsfähig erklärt. Die Fahrt in der frischen Luft von der Woltersdorfer Schleuse nach Berlin hat also eine erfreulich santerende Kraft bewiesen. Das ermutigt die „Berliner Volksztg.“ zu folgenden Betrachtungen:

Das Schloß Liebenberg, in dem Fürst Eulenburg musikalische Abende arrangiert und ein reiches geselliges Leben um sich herum gestaltet, ist um 20 Kilometer entfernt von Moabit als die Woltersdorfer Schleuse. Eine Automobilfahrt von Liebenberg nach Berlin gewährt also eine noch höhere Bürgschaft für eine wohlthätige Wirkung der frischen, gesunden Luft, die man zwischen Liebenberg und Berlin atmet. Es ist nicht einzufügen, warum nicht auch dem Fürsten Eulenburg v o r z ü g l i c h e n E i n -r i c h t u n g e n des Untersuchungsgefäng-n i s s e s zugute kommen sollen, nachdem wir gestern ge-hört haben, daß selbst wenn der Angeklagte krank sein sollte, er dort o h n e S c h a d e n aufgenommen werden könnte.

Zudem hat der des Meineids angeklagte Fürst Eulen-burg vor Gericht und außerhalb des Verhandlungs-saales wiederholt nachdrücklich versichert, er brenne auf nichts so sehr wie auf die Möglichkeit, seine Unschuld darzutun. Warum versagt man ihm diese Möglichkeit? Warum öffnet man ihm, dem des Meineids Beschuldigten, nicht endlich wieder einmal die Pforten des Untersuchungs-Ge-fängnisses mit seinen vorzüglichen Einrichtungen, die selbst Schwerkranken den Aufenthalt darin als äußerst empfehlens-wert erscheinen lassen?

Was dem Matiste recht ist, sollte es nicht dem Fürsten Eulenburg billig sein? Sollen einem Fürsten die Segnungen eines vorzüglich eingerichteten Untersuchungs-gefängnisses andauernd verweigert bleiben, der den Qualen einer ewigen Ungewißheit seines Schicksals nur durch den Aufwand einer kostspieligen Gefelligkeit, einer umfang-reichen Musikpflege, eines zerstreuten Lebens er-folgreich begegnen kann?

Man vergönne dem Angeklagten an seinem Lebens-abend den Lichtblick, daß man ihm nicht länger versagt, was man einem Matiste gewährt hat: Man bringe den Fürsten in das vorzüglich eingerichtete Untersuchungs-Ge-fängnis, damit seine Brust von der Hoffnung gekostet werde, daß er nun endlich wieder dem hohen Gerichts-hofe vorgeführt werde, dessen tröstlichen Anblick der be-dauerndste Matiste schon allzulange hat entbehren müssen!

Noch einmal: Was dem Matiste recht ist, ist dem Fürsten Eulenburg billig. Soll der Mann unter einem harmlosen und unerschuldeten Fürstentitel unfähig leiben?

Wo bleibt denn das gleiche Recht für alle?

**Landwirtschaftsminister Schorlemer gegen die Polen-keher.** In der letzten Sitzung der Budgetkommission brachte der Landwirtschaftsminister noch die Rede auf einen kürzlich in der Zeitschrift „Diktum“ veröffentlichten und den Mitgliedern des Abgeordnetenhauses im Separatdruck zugehenden Artikel und erklärte, daß er für die in diesem Artikel enthaltenen Ver-bündigungen der Staatsregierung die Leitung des Osmarkvereins verantwortlich machen müsse, und daß man es ihm daher nicht verdenken könne, wenn er auf den Rat und die Unterstützung dieser Vereins-leitung in Zukunft gerne verzichte.

Da Schorlemer außerdem versichert hat, daß im Jahre 1912 das Enteignungsgeleß noch nicht angewendet wird (man will anscheinend bis nach den Wahlen warten) hat er bei den All-deutschen und Durrapatrioten fürchterlich ins Feldmarschen ge-treten.

**Die Bedenken der Agrarier schwinden.** Die „Deutsche Tageszeitung“ beginnt sich mit dem schmedischen Handelsvertrag allmählich auszuöhnen. Sie hat nämlich entdeckt, daß die Zoll-freiheit für Milch und Rahm sich nur auf entkeimte und pasteurisierte Milch bezieht. Rahm bezieht. Für die anders be-chaffene Milch hat eine Bindung der Zollfreiheit nicht stattge-funden. Wie das agrarische Blatt erklärt, fällt damit eines seiner Bedenken gegen den Handelsvertrag weg und die Agrarier werden vermutlich bei der Beratung einen Zoll auf Milch und Rahm beantragen, um dann späterhin den gleichen Zoll auch gegen andere Staaten durchsetzen zu können.

## Großvater Arhipp und Njonta.

Von Maxim Gorki.

2) (Nachher verboten.)

Der Großvater schweig auch ein wenig und sagte dann freundlich, indem er nicht an den Entel herantrat: „Du bist mein lieber Junge! Ganz richtig hast du ge-sagt — Stand ist alles... Stille und Ruhe sind wir beide — nichts als Stille. Ach, Njonta, Njonta! Wenn du leben und sprechen lernen könntest!... Du würdest es weit bringen. Wie ein Entelknecht denkst du über alles nach... Du bist ein Junge, du Entelknecht!... Und was wird aus dir?“

Der Großvater drückte den Kopf des Entels an sich und lächelte ihm.

„Was!...“ rief Njonta ein wenig lebhafter aus, indem er seine Handflächen aus den Ärmeln, zitternden Fingern des Großvaters befreite. „Was sagst du? Stand? Stille und Ruhe?“

„Das hat Gott so eingerichtet, Njonta. Alles ist — Ruhe, und die Ruhe steht — Stille. Und das auf ihr steht. Geht du! Und deshalb soll der Mensch in Ruhe und in Stille leben. Und ich werde auch bald...“

Der Großvater drückte den Kopf des Entels an sich und lächelte ihm. „Was!...“ rief Njonta ein wenig lebhafter aus, indem er seine Handflächen aus den Ärmeln, zitternden Fingern des Großvaters befreite. „Was sagst du? Stand? Stille und Ruhe?“

„Das hat Gott so eingerichtet, Njonta. Alles ist — Ruhe, und die Ruhe steht — Stille. Und das auf ihr steht. Geht du! Und deshalb soll der Mensch in Ruhe und in Stille leben. Und ich werde auch bald...“

Der Großvater drückte den Kopf des Entels an sich und lächelte ihm. „Was!...“ rief Njonta ein wenig lebhafter aus, indem er seine Handflächen aus den Ärmeln, zitternden Fingern des Großvaters befreite. „Was sagst du? Stand? Stille und Ruhe?“

„Das hat Gott so eingerichtet, Njonta. Alles ist — Ruhe, und die Ruhe steht — Stille. Und das auf ihr steht. Geht du! Und deshalb soll der Mensch in Ruhe und in Stille leben. Und ich werde auch bald...“

Der Großvater drückte den Kopf des Entels an sich und lächelte ihm. „Was!...“ rief Njonta ein wenig lebhafter aus, indem er seine Handflächen aus den Ärmeln, zitternden Fingern des Großvaters befreite. „Was sagst du? Stand? Stille und Ruhe?“

liebe, seine Fürsorge nicht schähe, und kam schließlich dahin Njonta vorzulegen, er wüßte des Großvaters heiligen Tod.

„Was hast du denn gesagt? Du bist noch dumme und ver-keht nichts von deinem Leben. Wie alt bist du? Erst elf Jahre. Und ich möchte dich zu untauglich zur Arbeit. Wo gehst du hin? Du denkst, gute Leute werden dir helfen? Wenn du Geld hättest, dann würden sie dir helfen, es durchzubringen — so ist es. Und Almosen zu sammeln ist auch für mich Allen nicht gut. Vor jedem verberge dich, jeden bitte. Und du wirst geschlagen, geschlagen, fortgejagt... Denkst du denn, sie hätten einen Helfer für einen Menschen? Keiner. Jehr Jahre geh' ich so durch die Welt — ich weiß es. Ein Stück Brot kosten sie hundert Rubel wert. Geben sie, denken sie gleich, daß ich ihnen die Karabietstür sofort aufschneide. Du denkst, werhst du mich geben? Um ihr Geizhals zu beruhigen; deshalb, Freund, und nicht aus Mitleid. Stöhnen dir ein Stück hin und wärmen sich doch nicht schämen, es selbst zu essen. Der letzte Mensch ist — ein wildes Tier. Und er wird nie den Hunger kennen, weil er ihn nicht versteht. Der Entel und der Hund sind gegenseitige Feinde; ewig werden sie einan-der ein Dorn im Auge sein, weil es ihnen ganz unmöglich ist, einander zu verstehen und zu begreifen. Für den Entel aber ist der Mensch wie Schmalz.“

Jena und Njonta hatten den Großvater aufgemun-tert. Seine Lippen zitterten, und die tränen Geschwungen flogen über sein Gesicht, und er in der roten Umarmung der Lider und Njonta, und schloß und schloß traten die Augen auf dem pergamentenen Gesicht hervor.

Njonta weckte ihn so nicht und hatte sogar ein wenig Angst vor ihm.

„Denn eben frage ich dich, was wirst du mit der Welt machen? — Du — ein schwaches Kind, und die Welt — ein wildes Tier. Es verschlingt dich mit einem Male. Und das ist die Welt...“

„Ich hab' dich ja lieb, Njonta!...“

„Ich hab' dich ja lieb, Njonta!...“

„Ich hab' dich ja lieb, Njonta!...“

„Ich hab' dich ja lieb, Njonta!...“

„Ich hab' dich ja lieb, Njonta!...“

„Ich hab' dich ja lieb, Njonta!...“

„Ich hab' dich ja lieb, Njonta!...“

am Meer, als wollte er mit diesem Geplätscher das Schluchzen des Meeres übertönen. Grell lachte der wolkenlose Himmel brandende Schwallen ausströmend, und schloß lautlos er ruhig dem rasenden Klischen der trüben Wellen...

„Njonta, weine nicht, Großvater!“ sagte Njonta in rauhem Tone, nach der Seite sehend, und fügte hinzu, indem er dem Großvater sein trübes, betäubtes Gesicht zuwandte: „Wir haben ja schon über alles gesprochen. Ich werde nicht umkom-men.“

„Ich geh' in Dienst in ein Gasthaus, wo es ist...“

„Du wirst geschlagen werden...“

„Vielleicht auch nicht. Und wenn!“ rief Njonta mit einem gewissen Eifer, „was dann? Dann mach' ich mich fort auf den Weg. Ich werde mich nicht jedem unterwerfen!“

„Aber du hast Njonta plötzlich aus irgend einem Grunde ab und sagte leise, nachdem er nachdenklich geschwiegen hatte: „Gott geh' ich ins Kloster...“

„Denn du ins Kloster gehst!“

„Nein, du ins Kloster gehst!“

„Nein, du ins Kloster gehst!“

„Nein, du ins Kloster gehst!“

„Nein, du ins Kloster gehst!“

„Nein, du ins Kloster gehst!“

„Nein, du ins Kloster gehst!“

„Nein, du ins Kloster gehst!“

„Nein, du ins Kloster gehst!“



Der Streit in der nationalliberalen Partei. Der Synodus der Bochumer Handelskammer, Dr. Wiebe, hat seinen Aus-

tritt aus der nationalliberalen Partei erklärt, weil er den scharfen Ausdruck nicht mitmachen könne. Die Haltung der Partei in der elfenbeinigen Verfassungsfrage habe den letzten Anstoß zu seinem Austritt aus der Partei gegeben.

Um den toten Kardinal. Die Norddeutsche Allgemeine Zeitung teilt an der Spitze des Blattes, also amtlich, mit:

„Wie wir hören, ist der Antrag auf Beilegung der Leiche des Kardinals Ledochowski im Posener Dom zurückgezogen worden.“

Was hier wieder einmal hinter den Kulissen gespielt hat, ist nicht bekannt. Die „Germania“ bemerkt zu der Nachricht:

Der Zweck der Sache ist erreicht. Man wird wohl auch Näheres über die Geschichte des Zurückziehungsantrages hören.

Widerstand der Beilegung Ledochowskis. Selbstamtlich wird bekanntgegeben: Der Antrag auf Beilegung der Leiche des Kardinals Ledochowski im Posener Dom ist zurückgezogen worden.

Die tiefere Beweggründe des Sittenverfalles. Der geistliche „Reichsbote“ hat wieder einmal die tiefere Beweggründe des Sittenverfalles entdeckt. In einer Betrachtung über einen Verfall auf den Straßen Berlins schreibt das Blatt:

„Mit vollem Entsetzen nimmt der Christ von diesen sich täglich mehrenden Erscheinungen eines bis in den innersten Kern verdorbenen menschlichen Seelenlebens Notiz. Mit noch größerem Entsetzen aber erfüllt ihn die Erkenntnis der tiefen Beweggründe des hier gegebenen Sittenverfalles. Denn immer ist es dasselbe Motiv, das hier in Frage kommt: eine bis zur Maßlosigkeit gesteigerte Gier nach leichtem Geldverdienst, gepaart mit völliger Abneigung gegen jede ehrliche Arbeit, um dem ökonomischen Sinnlichen, oft in unsinnlicher Weise, jedenfalls bis zum Ueberdruß, zu fröhnen. Wie kann es aber auch anders sein? Dank der Frivolität, mit welcher von einem gewissenlosen Partei- und Weltanschauungsgenossen alles dem Zweck der Gier mit Füßen getreten und der materialistischen Drang im vollen Maße systematisch gefördert wird, bewegt nur noch die Genußgier das Sinnen und Treiben der breiten Massen. Und wo sie namentlich die rohen Instinkte der haltlos aufgewachsenen Jugend befeuert, an der sich auch die Schule vergebens versucht hat, da ist die Bahn freigegeben für jedes Verbrechen.“

In überquellender christlicher Milde fordert dann der „Reichsbote“ als Allheilmittel gegen den Sittenverfall „Verschärfung unserer Strafmittel“.

Kampfbilderei um die Gassenplätze. Bürgerliche Blätter berichten unter Schmerzen aus Straßburg i. E.: In der gestrigen, in Gegenwart des Kaisers erfolgten Entlassungsfeier des Kaisers-Wilhelm-Denkmal sollten Vertreter der korporierten, sowie nicht korporierten Studentenschaft teilnehmen. Als aber die Studenten nicht die ihnen nachträglich angemessenen schlechten Plätze sofort einnahmen, da bessere Plätze vorhanden waren, versuchte ein höherer Offizier mit Gewalt die Chargierten zu gruppierten. Unter Protest verließ darauf die gesamte Studentenschaft den Festplatz und folgte auch nicht dem dringenden Ersuchen des Direktors, zurückzukehren. In einer Nachmittags abgehaltenen Sitzung des Gesamtschulrates wurde beschlossen, um eine Audienz beim Kaiser zum Bericht über den Vorfall einzufordern und ein Guldigungs-telegramm abzusenden. Das Auftreten der gesamten Studentenschaft wird in der Bevölkerung sehr sympathisch begrüßt. — Natürlich, so viel Tapferkeit muß auch gelohnt werden!

## Ausland.

### Das Manifest in Italien.

Unter allgemeiner Arbeitsruhe, die sich auch auf den Tram- und Straßenverkehr, sowie auf den Zeitungsbetrieb erstreckte, hat das Manifest in ganz Italien einen festeren Verlauf gefunden. Sogar das schauerhafte Wetter, womit dieser Frühling Italien beglückt, hatte am Fest der Arbeit ausgeblüht: wolkenreicher Himmel und helle Sonne glänzten dem 1. Mai, während der vorhergehende und der nachfolgende Tag graue, trübe Regentage waren.

Maiumzüge haben in Rom, Mailand, Turin, Florenz und vielen kleineren Orten stattgefunden. In der Hauptstadt nahmen an dem Festzuge 20.000 Personen, darunter zahlreiche Frauen, teil. Während das Fest allort ohne Zwischenfall verlief, war in Rom eine Störung zu beklagen, aus der viel Unheil hätte entstehen können. In üblicher Weise hatten an der von der Arbeiterkammer einberufenen Gedenkfeier alle „Umformparteien“ — Sozialisten, Republikaner, Anarchisten und Syndikalisten — gemeinsam teilgenommen; das Nachmittagsfest vor den Toren der Stadt hat aber jede Partei für sich gefeiert. Die Republikaner bemerkten in ihrem Lokal vier Geheimpolitischen und hatten natürlich nichts Gileres zu tun, als sie hinauszumachen, da in Italien die Polizei kein Recht hat, Versammlungen zu überwachen, deren Besuch nur den Angehörigen einer Partei offen steht. Eine solche Versammlung gilt als private Versammlung, weshalb das Eindringen der Polizisten eine ganz ungehörige Provokation war. Die Polizisten, denen um ihr Leben bange war, zogen ihren Dienstrevolver, was den Anlaß zu einem wahren Steinregen gegen sie gab. Während es einem gelang, zu entkommen und Verletzung herbeizuführen, brachten die anderen drei ihren Revolver ab, offenbar ohne auf die Menge zu zielen. Unglücklicherweise wurde eine Frau am Oberschenkel verwundet. Ohne die Dankschuld des republikanischen Abgeordneten Barzilai hätte die Sache für die Polizisten ein sehr übles Ende nehmen können. Es gelang aber dem Abgeordneten, die Republikaner, die sich mit allen möglichen Burlesken verleben hatten, zu beruhigen und auch die herbeigerufenen Carabinieri von Verhaftungen abzuhalten. Einer der Geheimpolitischen wurde mit Fraktur des Nasenbeins ins Militärhospital gebracht, zwei andere sind leicht verletzt. Auch der Zustand der verwundeten Frau gibt nicht zu Besorgnissen Anlaß. Außer zwei jungen Leuten, die einen der stehenden Geheimpolitischen verletzt hatten, wurde niemand verhaftet.

Aus allen Teilen Italiens kommen Nachrichten über allgemeine Arbeitsruhe und fast beläufige Volksversammlungen. In den sozialistisch verwalteten Städten und da, wo die Sozialisten, wie in Rom, eine starke Vertretung in der Stadtverwaltung haben, wurden die Gemeindefestungen am 1. Mai geschlossen. Das übliche Fest des Wagens und Trambahns gibt dem Straßenbild am 1. Mai einen ganz eigenartigen Charakter, wie ihn kein Tag des übrigen Jahres bietet. — Man kann ohne Ueberdruß sagen, daß am Maiest außer dem Bahnverkehr und dem Post- und Telegraphendienst jede Arbeit ruht. Die Bourgeoisie hat sich nachgerade an diesen Zustand gewöhnt und findet sich auch damit ab, am 2. Mai keine Zeitungen zu haben, was sonst nur am 2. Weihnachtstages jeden Jahres der Fall ist. Wo die Organisation der Angehörigen im Handelsgewerbe schon einige Fortschritte gemacht hat, werden auch die Läden geschlossen. Noch vor wenigen Jahren traf man diese Maßnahmen aus Furcht vor Anarchisten; heute ist diese Furcht unangebracht, aber man schließt, weil das Personal wegliegt.

### Notes Frühjahr in Amerika.

Schlag auf Schlag laufen noch immer die Siegesmeldungen aus allen Teilen der Vereinigten Staaten ein, in denen in den vergangenen Wochen Kommunalwahlen stattgefunden haben, und die Reihe der größeren und kleineren Städte, in denen Verwaltung Ämter die Sozialdemokratie das Recht führen oder doch ein gewisses Wort mitzureden haben wird, hat das erste Duzen längst überschritten. Im mittleren wie im fernsten Westen scheint kein einziger Staat von der sozialistischen Bewegung unberührt geblieben zu sein.

Nachdem unsere Genossen am 11. April Butte, die größte Stadt des Bergbau-Staates Montana, erobert haben, ist es

die kalifornische Großstadt Oakland, die das größte Erfolge der bürgerlichen Politikanten erregt hat. In Oakland fand am 19. April erst die dort gesetzlich vorgeschriebene Wahl statt, deren Ergebnis darüber entscheidet, welche Kandidaten — es können dies noch jenem System nur immer zwei sein — sich bei den eigentlichen Wahlen zu messen haben. Es handelt sich hier, wie man leicht erkennt, im Grunde um eine Art Stichwahlsystem, wie es in Amerika bis vor kurzem fast noch unbekannt war, neuerdings aber hier und da — so auch jüngst erst in Milwaukee — gegen die aufkommende „dritte Partei“, die Sozialisten, frustriert wird. In Oakland ist es unsere ehrwürdigen Parteigenossen gelungen, die Namen ihrer Kandidaten für den Bürgermeister und mehrere andere hohe Verwaltungsposten auf den amtlichen Stimmzettel zu bringen, und wenn die republikanischen Gegner dort auch um einige tausend Stimmen im Vorhinein sind, so hält man es in Oakland nach der Lage der Dinge am Ort doch nicht für ausgeschlossen, daß am 9. Mai der „Stimmzettel“ zum Bürgermeister gewählt werden wird. Welche Bedeutung dieses Wahlergebnisses hat, erhellt schon daraus, daß 21 Gemeindefunktionen zu Oakland die vollständige sozialistische Kandidatenliste akzeptiert und auch zu den Kriegskosten unserer Partei beigetragen hatten.

Im übrigen Kalifornien sind es außer der etwa 50.000 Einwohner zählenden Universitätsstadt Berkeley, die sich eine völlig sozialistische Verwaltung zulegte, nach den neueren Nachrichten noch mehrere kleinere Städte und Orte, in denen unsere Genossen erfolgreich waren und Gemeinderäte oder Schulräte erwählten. Das gleiche wird aus zahlreichen Gemeinden der Staaten Nebraska, Texas, Missouri, Oklahoma, Wisconsin, Idaho, Iowa, Montana, Illinois und Michigan gemeldet, und in manchen Fällen wurden auch sozialistische Bürgermeister erwählt, so in Coeur d'Alene (Idaho), Greenville (Mich.), Kalamazoo (ebenfalls Michigan), Cardwell (Missouri) und Manitowish (Wisconsin). Besonders überraschend ist die Größe des sozialistischen Erfolges im Staate Illinois, in dessen wichtigster Hauptstadt, Chicago, wie schon berichtet, fast eine Verdoppelung der sozialistischen Stimmzahl eingetreten ist. In zwei mittleren Industriestädten dieses Staates wurden auch sozialistische Bürgermeister gewählt, und zwar in Granite City und O'Hallon, und in Grafton unterlag unser Bürgermeisterei-Kandidat nur mit wenigen Stimmen. Daß es angesichts dieser allgemeinen, gleichmäßig in der verschiedensten Teilen der Republik auftretenden plötzlichen und rapiden Steigerung der sozialistischen Stimmen und der dazugehörigen Raperung großstädtischer wie kleinerer Gemeinden durch unsere Genossen nicht übertrieben ist, von einer sozialistischen Flutwelle in den Vereinigten Staaten zu sprechen, wird sich erst bei Bekanntwerden der genauen ziffernmäßigen Einzelresultate klar herausstellen. Dieser liegen die genauen Ziffern nur in den wenigsten Fällen vor, und da ergeben sich gegenüber den vorjährigen Wahlen Steigerungen, wie von 400 auf 1600 (Kalamazoo), von 129 auf 987 (Greenville) und von 120 auf 1270 (Yorkville). Kein Zweifel, die Zeit für den Sozialismus ist endlich auch in Amerika gekommen!

Zum Brüsseler Besuch des Präsidenten Fallieres. Die Sozialisten veröffentlichten ein Manifest gegen den Besuch des Präsidenten Fallieres, in dem es heißt, Frankreich berge unter republikanischer Mantel monarchistische Institutionen: Es stütze sich mit seinem Geiste auf den russischen Zartismus. Ferner kritisiert das Manifest das Verbot der Mafseer- und Gebungen und fordert die Arbeiterchaft auf, sich während des Besuches des Präsidenten Fallieres vollständig neutral zu verhalten.

Zur Frage des Frauenstimmrechts in England brachten am Freitag im Unterhaus Kemp (Liberal) und Goulbling (Conservative) den Antrag ein, das Haus wolle in die zweite Lesung der Bill, betreffend die Ausdehnung des Wahlrechts auf alle Frauen, die einen selbständigen Haushalt führen, eintreten. Die Bill würde etwa einer Million Frauen das Wahlrecht geben. Die zweite Lesung wurde mit 255 gegen 88 Stimmen beschlossen.

Ein zweites Testament König Leopolds? Das Brüsseler Parteiblatt „Peuple“ behauptet, daß ein zweites Testament des verstorbenen König Leopold vorhanden sei, und kündigt einen Artikel an, in dem die Beweise für diese Behauptungen erbracht werden sollen. Das Blatt will in diesem Artikel auch den genauen Betrag angeben, der von dem verstorbenen König seinen Erben und dem Staat entzogen worden ist.

Die Lage in Mexiko hat, wie offiziell aus Washington gemeldet wird, das amerikanische Kabinett eingehend beraten und beschlossen, daß die Vereinigten Staaten den status quo aufrecht erhalten sollen. Vorläufig sollen keine weiteren Truppen nach Texas und keine Kriegsschiffe nach den mexikanischen Gewässern geschickt werden, bis Präsident Taft sich davon überzeugt hat, daß keine Möglichkeit zur Wiederherstellung des Friedens in Mexiko vorhanden sei. Damit ist die Möglichkeit einer Intervention noch immer vorhanden. Eine Hauptforderung der Amerikaner ist bekanntlich der Rücktritt des Präsidenten Diaz. Nach einer Meldung aus Mexiko vom Sonnabend erscheint es wenig zweifelhaft, daß Präsident Diaz, mit Rücksicht auf den Ernst der Lage und dem Verlangen des Volkes entsprechend, sich zurückziehen wird, wenn die Ordnung wiederhergestellt ist.

## Parteiangelegenheiten.

Alle Tage ein sozialdemokratischer Redakteur verurteilt. Je näher es der Reichstagswahl rückt, um so häufiger werden sozialdemokratische Redakteure verurteilt. Beinahe jeder Tag bringt jetzt solche Meldung. Die Äußerung der Verurteilungen ist natürlich Zufall. So wurde denn unser Genosse Dietrich, dem die Altenburger Justiz ein ganz dauerhaftes Interesse zugewendet, an dem D. gar nichts liegt, zu 100 Mark Geldstrafe verurteilt. Ein Kommerzienrat fühlte sich beleidigt.

Ein reformistisches Vertrauensvotum. Die Wähler des Wahlkreises Ostfriesland haben auf dem Kongreß ihres Kreises ihrem Abgeordneten Bonomi ihr völliges Vertrauen ausgesprochen. Bonomi sollte bekanntlich als Unterstaatssekretär in das Kabinett Goltz eintreten. Dem Kongreß wohnten neun reformistische Abgeordnete, darunter Disselhorst, Turati und Cabrin, bei.

Wort der Parteipresse. Zum zweiten Redakteur des neuen Parteiblattes, das vom 1. Juli ab unter dem Namen „Freiburger Volksrecht“ in Freiburg i. B. erscheinen wird, wurde Genosse Reinhold Juntobel in Gießen gewählt.

Tschechisch- und separatistische Sonder-Kandidaturen in Böhmen. In Dux und Prag fanden am Sonntag Konferenzen der tschechischen Genossen statt, die sich im Prinzip dafür erklärten, für die Kandidaturen der deutschen Sozialdemokratie in Böhmen mit allen Kräften zu arbeiten. Nur im Duxer und Prager Bezirke, wo die tschechischen sozialdemokratischen Organisationen stärker sind als die deutschen, mußten Ausnahmen gemacht werden. Da überdies in beiden Bezirken Funktionäre der tschechischen Union der Bergarbeiter aufgestellt wurden, beschlossen beide Konferenzen die Aufstellung eigener Kandidaten der tschechischen Sozialdemokratie. In Dux-Land wird gegen Genossen Jaroslin, den Obmann der Union der Bergarbeiter, der Obmann des tschechisch-slawischen Bergarbeiterverbandes, Josef Horacek aus Prag, in Prag-Land gegen Genossen Rofron der Kandidatur des separatistischen Bergarbeiterverbandes, Josef Budil, kandidieren.

Außer dem in Wien von den tschechischen Zentralkomitee herausgegebenen Tageblatt „Dělnický Denník“ sind auch in Jungbunzlau, in Pilsen, sowie in Mährisch-Strau zentralistische Wochenblätter gegründet worden.

## Aus Oberschlesien.

Doppelte, 8. Mai. Vom Hängegerüst abgestürzt. Ein sehr schwerer Unfall ereignete sich am Sonnabend Nachmittag 4 Uhr auf der Zweigstraße zu. Dort stürzte ein bei dem Malermeister Mathies beschäftigtiger Lehrling, der mit dem Streichen der Fassade beschäftigt war, von der Höhe des vierten Stockwerkes herab und blieb schwer verletzt auf der Straße liegen. Ein gegenüber wohnender kleiner Geschäftsmann nahm sich des schwer Verunglückten an und schaffte ihn in seinen Laden, wo er ihn auf das Sofa bettete. Hierauf eilte er zu dem in der Nähe wohnenden Arzt Dr. Fette und bat diesen um schleunige Hilfe. Dieser aber, wie uns berichtet wird, abgelehnt haben, weil der Verunglückte nicht zu der Krankenkasse gehört, deren Mitglieder er in Behandlung hat. Als dann der Lehrling telephonisch von dem Unglücksfall Kenntnis erhielt, schickte dieser seinen Sohn, der aber nichts unternahm, um dem Verunglückten sachgemäße Hilfe zu besorgen. So verging schließlich eine geraume Zeit und als dann Arbeiter energisch Protest gegen eine derartige Behandlung des Verunglückten einlegten, wurde endlich ein Wagen besorgt, der den Verunglückten nach dem Krankenhaus schaffte. Inzwischen waren 1½ Stunden vergangen.

Das Unglück ist dadurch entstanden, daß zwei Lehrlinge mit dem Herausziehen des Hängegerüsts beschäftigt waren. Als das Gerüst bis zum vierten Stock hochgezogen war, ließ der unterstehende Lehrling sein Zugseil los, während der auf dem Gerüst stehende Lehrling es noch festhielt. Infolgedessen kam das Gerüst in eine schiefe Lage und der obenstehende Lehrling stürzte ab. Nach unserer Meinung sind die beiden Lehrlinge an dem tiefstehenden Unfall schuldlos. Für solche Arbeiten gehören Männer und nicht junge Burschen. Der Verunglückte ist also ein Opfer der Sparbarkeit seines Meisters geworden. Deshalb wird sich auch noch die Behörde mit diesem Unglücksfall zu beschäftigen haben. Das Verhalten des Lehrmeisters und seines Sohnes gegenüber dem verunglückten Lehrling hat in weiten Kreisen der Bevölkerung berechtigtes Mißfallen erregt, ebenso wie es nicht verstanden wird, daß Herr Dr. Fette seine Hilfe abgelehnt haben soll, weil der Verunglückte nicht zu der Krankenkasse gehört, deren Mitglieder er behandelt.

Beimessen 02., 8. Mai. Ertrunken. Auf einem mit Wasser angefüllten tiefen Lehmloch der Königsgraben Schaufisse haben sich einige Schulknaben mit einem selbstgebasterten Floß vergnügt. Dabei stürzte der 11 Jahre alte Theodor Paprotny ins Wasser und ertrank.

Wogentisch, 7. Mai. Wegelagerer. Der Polzhänger Spindel aus dem Distrikt Kojukta wurde, als er in der zehnten Abendstunde von Kojukta nach Hause ging, von mehreren Wegelagerern überfallen. Diese raubten ihm Ueberzieher, Stock, Hut und Portemonnaie mit 20 Mark. Uhr und Kette konnten sie ihm nicht mehr abnehmen, weil auf dessen Hüfte Arbeiter herzugeeilt waren. Den Räubern gelang es, unerkannt zu entkommen.

Gleiwitz, 7. Mai. Zu den Reichstagswahlen. Zwischen den deutschen Parteien des Reichstagswahlkreises Gleiwitz wurde kürzlich eine Einigung erzielt und beschlossen, als Reichstagskandidaten den Generaldirektor der Guddischinswerke, Kommerzienrat Niede, aufzustellen.

Die Liberalen aller Schattierungen haben sich also vom Pötkerkapital einsparen lassen. Für die Sozialdemokratie kandidiert der Gewerkschaftsführer Timm.

Gleiwitz, 7. Mai. Aus der frömmsten Gegend. In der Freitag beendeten Schwurgerichtsperiode wurde gegen 14 Angeklagte verhandelt. Es handelte sich bei drei Angeklagten um Mord, bei vier Angeklagten um Raub und um Mordverbrechen und in einem Falle um ein Jagdsvergehen (mit verurteiltem Todschlag), um Urkundenfälschung und um Körperverletzung mit Todeserfolg. Erkannt wurde auf insgesamt 25 Jahre 7 Monate Zuchthaus und 6 Jahre Gefängnis. In zwei Fällen erfolgte Freisprechung.

Zum Landgerichtsbezirk Gleiwitz gehören die Amtsgerichte Gleiwitz, Zost, Beistritz, Nicolai, Pleß und Zabrze. Also alles Orte mit einer überwiegend katholischen Bevölkerung.

Laurahütte, 7. Mai. Vom Schlachtfeld der Arbeit. Beim Abschieden unter dem Dampfhammer ist ein Eisenhämmer der hiesigen Hütte durch Abprallen eines eisernen Schmelzschmelzes dem Schmied Hering das Bein vollständig zertrümmert worden, so daß sein Auskommen zweifelhaft erscheint. Der Bedauernswerte wurde ins Lazarett geschafft.

Im Nikolaus. Der Glühbirnen-Schmied aus Laurahütte war eines Tages betrunken auf seine Arbeitsstelle gekommen. Um der Möglichkeit eines Unfalls vorzubeugen, verbot ihm der Glühbirnenmeister das Arbeiten und empfahl ihm, nach Hause zu gehen. Dies sagte dem Schmied aber nicht zu und er ließ dem Meister ein Messer in die linke Brustseite, so daß dieser verwundet zu Boden stürzte und eine mehrwöchige schwere Krankheit durchmachen mußte. Schmied wurde deswegen am Freitag von der 3. Strafkammer in Duxen zu einem Jahr Gefängnis bei sofortiger Verhaftung verurteilt.

## Briefkasten.

Sprechstunden der Redaktion Donnerstags nur v. 19-1 Uhr Mittags. Schriftliche Auskunft wird nur ausnahmsweise erteilt.

A. Wohrauerstraße. Schreiben Sie an das kaiserliche Patentamt in Berlin, das Ihnen alles Nähere angeben wird. B. 100. Die Krankenkasse hat das Mädchen 28 Wochen zu unterstützen; nach dieser Zeit bekommt es Krankenrente von der Landesversicherungsanstalt, wenn mindestens 200 Markten geleistet sind. Der Antrag auf Rente ist im Magistratsbureau III. Herrenstraße 28, mündlich oder schriftlich, zu stellen.

C. 6. Wortweiserstraße. 1. War Ihre Frau in der Stadt der Meisterin beschäftigt, so müssen Marken geleistet werden; arbeitete Ihre Frau zuhause, dann war das nicht nötig. 2. Da die Meisterin Ihre Frau nicht rechtzeitig in die Krankenkasse angemeldet, so müssen jetzt die Beiträge von der Arbeitgeberin allein bezahlt werden.

D. 1. Duxen. Wir können Ihnen nicht empfehlen, dieser Kasse beizutreten.

E. 1. Was Sie bestellt haben, müssen Sie annehmen. Wenn eine andere Firma das Bild billiger liefert, können Sie nicht ohne weiteres sagen, daß Sie betrogen sind. Sie müssen das Bild behalten und bezahlen. In Zukunft tun Sie am besten, sich auf solche Käufe überhaupt nicht einzulassen.

F. 1. Bismarckstraße. Wer zum Dienst vom Militär entlassen wird, ist nicht für längere oder längere Zeit steuerfrei, sondern kann schon vom nächsten Monat an zur Steuer herangezogen werden, darum also auch in diesem Falle für das Steuerjahr 1911. Sie können dagegen gar nichts machen, denn das ist gesetzlich zulässig.

G. 1. Bismarckstraße. Ein Pflegekind wird bei der Steuer nach dem Gesetz nicht mit angerechnet, wenn es sich um eine Erziehung der Steuer handelt. Die Steuerbehörde kann aber nach § 20 des Einkommensteuergesetzes den Unterhalt von Pflegekindern auch berücksichtigen und eine Ermäßigung eintreiben lassen.

Redaktionsadresse: Gleiwitz. — Redaktion und Expedition: Neue Gleiwitzer Zeitung. — Druck von Otto Gatz. — Druck des H. Gatz. — Gleiwitz i. Duxen. — Gleiwitz i. Duxen.

Für die Inserate übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.







## 12. Generalversammlung des Zentralverbandes der Schiffszimmerer.

Berlin, 6. Mai 1911.

Am 7. Mai trafen im Berliner Gewerkschaftshause die Schiffszimmerer zusammen, um sich über die vergangene Jahresversammlung zu informieren und über die zukünftige Arbeit zu beraten. — Im Jahre 1909 konnte der Verband wenig dazu beitragen, die Lohnaufbesserungen für die Arbeiter zu erwirken, er mußte sich darauf beschränken, die verschiedenen Verschlechterungsversuche der Unternehmer zurückzuweisen. Ein solcher Kampf spielte sich in der hartnäckigsten Form in Sachsenhausen ab. Die Arbeiter sollten sich einen Lohnabzug von 6 Pfg. pro Stunde gefallen lassen, doch nach langem Kampfe mußten die Unternehmer statt einem Abzug von 6 Pfg. die Arbeiter um einen Zuschlag von 4 Pfg. pro Stunde gewähren, jedoch statt 48 Pfg. jetzt 52 Pfg. bezahlt werden. Es gelang noch an verschiedenen anderen Orten Verschlechterungen zurückzuweisen und statt ihrer Verbesserungen zu erringen. Sehr stark trat im Jahre 1910 das Streben nach Erhöhung der Löhne zutage, mit Veranlassung durch die allgemeine Verteuerung der Lebenshaltung durch die vom Schnapsbrosch geschaffene Reichsfinanzreform. Für 73 Prozent der Mitglieder wurden bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen geschaffen. In 19 Zahlstellen mit 1219 Mitgliedern wurde eine Arbeitseinstellung in der Höhe von 2 bis 6 Pfg. pro Stunde, eine Arbeitseinstellung für 22 bis 6 Pfg. pro Stunde erzielt. Von sehr großer Bedeutung war die Ausweisung auf den deutschen Schiffbau im Herbst 1910. Durch die verbesserten Organisationsverhältnisse gelang es zum ersten Male, den absoluten Herrenstandpunkt dieses Unternehmens zu brechen und es zu Zugeständnissen auf die gestellten Forderungen zu zwingen. 33 Prozent der Verbandsmitglieder waren an diesem Kampfe beteiligt, jedoch die Generalkommission dem Verband helfend zur Seite sprang und 38.000 Mark zur Verfügung stellte. Dem Verband gelang es jedoch, mit eigenen Mitteln, durch Erhebung von Extrabeiträgen den Kampf zu führen, jedoch die 38.000 Mark als Extralohn ausgeteilt werden konnten. Mit der Erhebung der Extrabeiträge war ein Teil der Mitglieder nicht einverstanden, dadurch hat die vorher stetige Zunahme der Mitgliederzahl in den letzten beiden Quartalen einen Rückschlag erfahren. Weiter schloß sich die Zahlstelle Bremen dem Holzarbeiterverbande an, was ebenfalls zum Rückgang beitrug. Anfang des Jahres 1910 hatte der Verband 3821 Mitglieder, Mitte 1910 waren es 4207, Ende 1910 waren es 3891.

Die Abrechnung der Hauptkasse enthält für das Jahr 1909 eine Einnahme von 48.592,23 Mark, eine Ausgabe von 52.043,83 Mark. Das am Jahresende in der Hauptkasse befindliche Vermögen betrug 95.321,38 Mark. In der Bilanz für 1910 zeigen sich die Wirkungen der großen Ausweisung. Die Einnahme liegt auf 132.574,83 Mark, die Ausgabe auf 160.811,53 Mark. Das in der Hauptkasse und Zahlstellen vorhandene Vermögen sank auf 68.678,43 Mark. — In der Berichtsperiode wurden gezahlt 58.835,90 Mark an Erwerbslosenunterstützung, 511,70 Mark an Reiseunterstützung. Ein Teil der der Generalversammlung vorliegenden Anträge läuft auf eine erhebliche Erhöhung der Beiträge hinaus. Wir werden über die Verhandlungen berichten.

## Arbeiterbewegung.

**Bäckerstreik in Hamburg.** Die Bäckergehilfen in Hamburg haben am Sonntag in einer stark besuchten Versammlung einstimmig beschlossen, sofort in den Streik zu treten. 130 Firmen haben die Forderungen, die wir bereits am Sonnabend unter „Arbeiterbewegung“ kurz skizzierten, bewilligt. Zugunsten von Bäckern und Konditoren nach Hamburg ist streng fern zu halten.

**Der Erfolg der Chemnitzer Modell- und Fabrikarbeiter.** In einer stark besuchten Versammlung beschloß sich am Donnerstag in Chemnitz die Modell- und Fabrikarbeiter, die nach der Metallarbeiterausweisung die Arbeit nicht wieder aufgenommen hatten, mit den Zugeständnissen der Unternehmer. Danach ist die Arbeitszeit auf 58 1/2 Stunden herabgesetzt. In Betracht kommen 18 Betriebe, in denen bisher noch 62 Stunden in der Woche gearbeitet wurde. Der Lohn soll von 1 bis 2 Pfennig aufgebessert werden. Auch die Arbeitslöhne werden erhöht. Außer diesen Zulagen erhalten die Arbeiter als Lohnausgleich für die verkürzte Arbeitszeit eine besondere Zu-

lage von 3 Pfennig pro Stunde. Die Zugeständnisse wurden angenommen und die Aufnahme der Arbeit beschlossen.

**Vom Lederarbeiterstreik in Elmshorn.** Seit ungefähr drei Wochen stehen in Elmshorn etwa 500 Lederarbeiter im Streik. Die Fabrikanten hatten, nachdem die Arbeiter eine Lohnforderung eingebracht, das Einweichen eingestellt, ohne vorher in Verhandlung mit den Arbeitern zu treten. Die Arbeiter waren daher gezwungen, die Arbeit niederzulegen. Nun machen die Fabrikanten die größten Anstrengungen, um das nötige Material zu bekommen. Agenten sind in ganz Deutschland, ja sogar in Österreich, an der Arbeit, um Arbeitswillige heranzuziehen. Wir erlauben die gesamte organisierte Lederarbeiter Deutschlands, auf diese Agenten ein besonderes Augenmerk zu haben, damit das Anwerben von Streikbrechern möglichst verhindert wird. Zugunsten von Lederarbeitern, hauptsächlich von Elmshorn, ist von Elmshorn streng fernzuhalten. Alle Arbeiterblätter werden um Abdruck gebeten.

**Feuerarbeiterstreik in Sonnerburg.** Seit dem 3. Mai dieses Jahres befinden sich die Feuerarbeiter in Sonnerburg in einem Abwehrstreik. Der seit zwei Jahren abgeschlossene Tarif war abgelaufen. Zu der Erneuerung des Tarifs wurden einige wenige Erhöhungen der Arbeitslöhne und des Zeitlohnes gefordert. Im letzten Moment, nachdem die Arbeitgeber zwei Monate nichts von sich hören ließen, sandte der Arbeitgeberverein einen Tarifentwurf ein, der erhebliche Reduzierungen und sogar Veranlassung des bereits gezahlten Zeitlohnes von 48 auf 46 Pfg. in sich barg. Verhandlungen verliefen resultatlos, so daß die Arbeiter gezwungen waren, in den Abwehrkampf einzutreten. Insgesamt haben 66 Arbeiter die Arbeit eingestellt. Arbeitswillige sind unter allen Umständen fernzuhalten.

**Achtung, Biegeleierbeiter!** In der Dampfziegelei von Frankfurt am Main haben am Freitag sämtliche Arbeiter und Arbeiterinnen die Arbeit wegen Lohnforderungen niedergelegt. Zugunsten ist fernzuhalten.

**Achtung, Bauhofsarbeiter!** Die Bewegung der Bauhofsarbeiter in Cassel ist, entgegen den Versichten bürgerlicher Blätter, noch nicht beendet und Cassel bleibt weiter für Bauhofsarbeiter gesperrt. Die Verhandlungen haben zwar zur Anerkennung der Forderungen (9 1/2 stündige Arbeitszeit, 10 % Lohnenerhöhung in zwei Raten und Überlöhnungszulage) bei vier Firmen geführt. Da aber 40 Betriebe in Frage kommen und außerdem die Arbeit in einer größeren Werkstätte niedergelegt wird, so ist Zugunsten weiterhin fernzuhalten.

## Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 8. Mai.

### Geschichtskalender.

9. Mai.

1805 Friedrich Schiller f.

### Ein neues Mutterheim.

Die schlesische Gruppe des Bundes für Mutterschutz hat in der Hauptstadt ein Mutterheim errichtet, das am Sonntag dem Verein „Mutterheim“ und damit der Öffentlichkeit übergeben wurde. Das Heim ist dazu bestimmt, hilfsbedürftigen Müttern vor und nach der Entbindung Aufnahme zu gewähren.

Die Räume sind sauber und bescheiden; sechs Betten nebst Kinderbetten sind aufgestellt. Ein kleiner Anhang, der Toilette und der den tätigen Mitgliedern des Bundes für Mutterschutz sehr viele Mühe gekostet hat. Für hilfsbedürftige Mütter ist ja schon hier und da Sorge getroffen. Aber die betreffenden Einrichtungen kommen den Müttern nur während der Entbindung zu gute. Viele haben aber vor oder nach der Geburt keine Heimstätte, sind nicht in der Lage, dem Erwerbsleben nachzugehen und bedürfen dringender des Schutzes. Der Staat, dem eigentlich die Aufgabe zusteht, helfend einzugreifen, hat bisher nichts geschaffen, und so ist es gut, wenn geachtete Mütter wenigstens einen Weg wissen, der ihnen Hilfe bringt. Die im Mutterheim aufgenommenen haben für die tägliche Verpflegung eine Mark zu zahlen. Dieser Betrag wird ermäßigt oder ganz erlassen, wenn die Mutter mittellos ist. Jedoch ist sie dann verpflichtet, einige Hausarbeiten zu verrichten, wenn es ihr Gesundheitszustand zuläßt. Für Kinder betragen die Verpflegungskosten 50 Pfennig, die ebenfalls in Wegfall kommen bei unbemittelten Müttern und solchen, die ihr Kind selbst stillen.

Wir hoffen, daß sich das neue Mutterheim zum Segen schuldloser Mütter bewährt. Vielleicht kann es später seine Räume noch vergrößern; aber freilich dazu ist Geld erforderlich. Wer solches im Ueberfluß besitzt, der möge sein Scherlein dazu beitragen. Die Wohltätigkeit zugunsten des Mutter- und Säuglingschutzes ist immer noch die anständigste und zugleich notwendigste.

### Zur Tarifbewegung der Tabakarbeiter.

wird uns geschrieben: Die Gauleitung des Deutschen Tabakarbeiterverbandes hatte in einem längeren Schreiben die Bitte an den Konsum- und Sparverein „Vorwärts“, Breslauer Konsumverein, den freien Gastwirtverband und den Ostdeutschen Gastwirtverband gerichtet, beim Einkauf von Zigarren usw. nur die Fabrikanten zu berücksichtigen, die mit dem Deutschen Tabakarbeiterverband in einem Tarifverhältnis stehen.

Der freie Gastwirtverband erklärte sich sofort bereit, diese Bestrebungen der Tabakarbeiter zu unterstützen und verpflichtete sich, seinen Mitgliedern zu empfehlen, ihren Bedarf an Zigarren in Zukunft nur noch von tarifierten Firmen zu kaufen. Auch der Ostdeutsche Gastwirtverband beschloß in seiner Sitzung am Freitag, den 7. April, diese Bestrebungen der Tabakarbeiter bei den schlechten Lohn- und Arbeitsbedingungen in der Breslauer Tabakindustrie zu unterstützen. Ebenso erklärte sich der Vorstand des Konsum- und Sparvereins „Vorwärts“ bereit, die Arbeiter in der Tabakindustrie zu unterstützen. Folgende Antwort ging beim Gauleiter Element am 12. April ein:

„Antwortlich ihrer Zuschrift die Lohnverhältnisse betreffend, teile Ihnen höflich mit, daß wir es als eine unserer vornehmsten Aufgaben betrachten, nicht nur unsere Zigarren, sondern auch alle anderen Waren, nur von solchen Firmen zu beziehen, welche für ihre Arbeiter die von den betreffenden Gewerkschaften aufgestellten Lohn- und Arbeitsbedingungen anerkennen. Wir sind der Ansicht, daß hierin die Genossenschaften mit guten Beispielen vorangehen müßten, und das umso mehr, da der größte Teil der Mitglieder ja Leute sind, die es am eigenen Leibe fühlen, wie sehr Not und Elend tut, die aber auf Grund ihrer genossenschaftlichen Organisation mit dazu beitragen können, die Lage ihrer Klassenangehörigen zu bessern.“

Hochachtungsvoll Die Direktion.

Konsum- und Sparverein „Vorwärts“.

Dem lobenswerten Verhalten der freien Gastwirte, des Ostdeutschen Gastwirtverbandes und des Konsum- und Sparvereins „Vorwärts“ stellen wir die Antwort des Breslauer Konsumvereins gegenüber. Zuvor wollen wir aber noch bemerken, daß erst auf eine erneute Anfrage eine Antwort am 29. April eintraf, die mir folgt lautet:

„Auf das gefällige Schreiben vom heutigen Tage erwidern wir, daß Ihre Annahme, der Breslauer Konsumverein sei kein Feind der Arbeiter, selbstverständlich zutrifft. Der ausschließliche Zweck unseres Vereins ist vielmehr im § 1 seiner Satzungen festgelegt.“

Hochachtungsvoll

Die Direktion.

Welt.

Was hat in aller Welt der § 1 im Statut mit dem Zigarren-Einkauf zu tun? Man braucht allerdings dieser Antwort kaum noch ein Wort hinzuzufügen. Die Tabakarbeiter, wie auch die übrigen Arbeiter Breslaus, werden aus diesem Schreiben ersieht, daß die Leitung des alten Breslauer Konsumvereins kaum arbeitsfreundlich ist, sondern ihren Bedarf an Zigarren weiter bei nicht tarifierten Firmen decken will. Die Antwort auf ein solches Verhalten dürfte nicht ausbleiben. Die Tabakarbeiter Breslaus haben bereits in ihrer letzten Versammlung beschlossen, alles daran zu setzen, daß kein Tabakarbeiter noch länger Mitglied des alten Konsumvereins bleibt. Aber auch die übrigen Arbeiter Breslaus werden gut tun, baldigst ihren Eintritt in den Konsum- und Sparverein „Vorwärts“ zu vollziehen.

\* Das kranke Dienstmädchen ist heute oft mehr als übel dran. Eine Verhandlung vor dem Breslauer Schöffengericht hat das wieder einmal bestätigt und gezeigt, daß es „Perfekten“ gibt, die noch rücksichtslos gegen Dienstmädchen vorgehen, die auf dem Krankenbette liegen.

Das 21 Jahre alte Dienstmädchen Emma Schwarzer trat am 11. Januar 1911 beim Konditoreibesitzer Karl Appelt (Inhaber der Konditorei von Pundek u. Appelt am Königsplatz) als Stubenmädchen in Stellung. Frau Appelt ließ täglich die Stuben feucht aufwischen. Dabei durfte das Mädchen

## Stadt-Theater.

„Die Meistersinger von Nürnberg“ von R. Wagner.

Im Wagner-Jubiläum erschienen am Sonntag die „Meistersinger“ und mit ihnen zum ersten Male Herr Plachke als Hans Sachs. Den herrlichen wahrhaft befreienden Humor dieser köstlichen Figur brachte der Dresdener Gast vorzüglich hervor. Im ersten Akt mußte er sich nicht immer von einem theatralisch-pathetischen Ton frei zu machen, aber in den beiden folgenden Aufzügen entwickelte er alle die Vorzüge, die seinem trefflich gebildeten Gesang zukommen. Seine lobenswerte Phrasierung, Deklamation, die prachtvolle Textaussprache und der verteilte feine Ausdruck fordern die vollste Anerkennung heraus. Darstellerisch schien mir manches zu lebhaft, wahrscheinlich weil man gewohnt ist, den dichtenden Schusterbesitzer, schwerfälliger zu sehen. — Auch die übrigen Mitwirkenden führten das Werk zu einem fast durchweg glücklichen Gelingen. Bedauerlich war nur, daß das Orchester nicht immer von gleicher Reserviertheit war, wie beim Wahmonolog, jedoch die Herren Fälsche und Schauer oftmals genötigt wurden, mehr Ton zu geben, als es die Situation erforderte und die künstlerische Schönheit verlor.

G. M.

## Kunst, Wissenschaft und Technik.

**Die Besteigung des Kichinjunga, des dritthöchsten Berges der Welt im Himalaja-Gebirge (8530 Meter hoch),** hat sich der norwegische Alpinist Rubenson zum Ziele gesetzt, der jetzt zu einer neuen Himalaja-Expedition aufgebrochen ist. Rubenson hat bereits 1907 den Mont Abru im Himalaja bis zu einer Höhe von 7170 Meter, nur 20 Meter unterhalb der höchsten Spitze, erklettert.

**Versteigerung von Manuskripten.** Bei der Versteigerung im Kunstauktionar von E. G. Börner in Leipzig wurde ein Manuskript Dandys für 1720 Mark, ein Brief Mozarts an seine Gattin für 1500 Mark, ein Brief Franz Schuberts für 1005 Mark erstanden. Ein Manuskript Richard Wagners (Lohnhäuser, 1. Akt, 1. Szene) brachte es auf 660 Mark, ein Brief von Richard Strauss auf 280 Mark. Dagegen erzielte ein Brief des Komponisten Glogow nur 3 Mark.

**Der älteste Engländer.** Am Ende des vorigen Jahres ist an der ostenglischen Küste ein ziemlich vollständiges menschliches Skelett entdeckt worden, das wohl als das älteste zu betrachten ist, das von einem Bewohner Englands jemals in so vollständiger Erhaltung bisher gefunden worden ist. Auch die

Umstände der Entdeckung waren recht merkwürdig. Das uralte Grab lag nämlich in dem wenigstens zeitweise vom Meer bedeckten Boden und wurde von den Brandungswellen selbst bloßgelegt. Der Platz liegt nördlich von der Ortschaft Walton an der Küste der Grafschaft Essex. Die Untersuchungen, die seitdem über diese menschlichen Reste angestellt worden sind, bestärken Professor Keith in einem Vortrag vor dem Kollegium der Chirurgen in London.

Das Alter ist auf wenigstens vier Jahrtausende zu veranschlagen, und das Grab fällt danach in die vorgeschichtliche Zeit, genauer in die jüngere Steinzeit. Da nicht anzunehmen ist, daß die damaligen Bewohner von Essex ihre Toten in dem während der Flut vom Meer überpülten Boden begruben, so muß wohl das Meer seitdem weiter gegen das Land vorgedrungen sein. Was nun das Skelett selbst betrifft, so kennzeichnet es Professor Keith als das eines schon gebauten jungen Mannes von freilich nur 155 Zentimeter Höhe. Die Gesichtsbildung scheint außerordentlich fein gewesen zu sein, namentlich ausgezeichnet durch eine feine, fast horrende Nase. Auch Hände und Füße wiesen eine feine Bildung auf. An den Knochen des rechten Armes waren Merkmale wahrnehmbar, die auf einen besonderen Gebrauch des rechten Armes und auf eine Verrichtung durch einen Beruf gewonnene Geschicklichkeit hindeuteten. Die Zähne waren bereits ziemlich abgelaufen und stießen nicht mit den Rändern zusammen, wie es bei vorgeschichtlichen Menschen immer der Fall zu sein pflegt. Ganz ungewöhnlich ist der Umstand, daß man nach so langer Zeit hat feststellen können, in welcher Jahreszeit der junge Mann gestorben ist. Es wird nämlich darauf geschlossen, daß dies im Herbst geschehen sei, weil in dem Skelett ein Haufen Brombeerkerne und Kerne von Hagebutten gefunden wurden, die damals wohl einen wesentlichen Bestandteil der Nahrung gebildet haben müssen. Die Knochen jener weit zurückliegenden Zeit waren selbstverständlich darauf angelegt, jedes von der Natur gebotene pflanzliche Nahrungsmittel auszunutzen, da der Erwerb von Fleisch wegen der mangelhaften Entwicklung der Waffen schwierig war. Unvollständiger, dafür aber reichlicher Menschenreste, deren Bedeutung Professor Keith bei derselben Gelegenheit nach ihrer Bedeutung erörterte, sind bei plattmännigen Ausgrabungen eines Grabes bei Goldrum in der Grafschaft Kent zutage gefördert worden, die unter einem rohen Steinmal verborgen waren. Es fanden sich die Reste von zehn Schädeln mit anderen Knochen, und die Zahl der dort begrabenen Personen konnte nach der Gesamtheit der Überbleibsel auf 20 bestimmt werden, unter denen sich auch Frauen und Kinder befanden. Auch diese Entdeckung hat für die Vorgeschichte Englands eine besondere Wichtigkeit, weil man glaubt, daß die Reste der Bevölkerung angehören, die die Er-

richtung der gewaltigen Steinmaße in Kent zuzuschreiben ist. Sie sind gleichfalls von nur mittlerer Größe, aber mit außerordentlich langen Händen ausgestattet gewesen. Die Ausgrabungen in Kent sind noch nicht abgeschlossen und man erwartet, daß sie noch mehr wichtige Anhaltspunkte für die Urgeschichte der Eingeborenen liefern werden.

## Aus aller Welt.

**Die Leichenverbrennung in Deutschland.** Die Entwicklung der Leichenverbrennung in Deutschland beleuchtet eine interessante Statistik, die Dr. Erich Simon in dem sieben erschienenen zweiten Jahrgang seines „Statistischen Taschenbuches für das Deutsche Reich“ zusammengestellt hat. Seit 1878 bis 1910 haben im Deutschen Reich rund 30.000 Einäscherungen stattgefunden; während in dem ersten genannten Jahre nur eine einzige zu verzeichnen war, hatte sich die Zahl im Jahre 1891 schon auf 165 gehoben, war nach zwölf Jahren auf 1074 gestiegen und nach 1904 auf 1381, 1905 auf 1768. Nach weiteren zwei Jahren wurden 2977 Leichenverbrennungen vorgenommen und die drei letzten Jahre haben die Zahlen: 4950, 4779 und 6074 gebracht, das heißt die Zunahme wächst nicht nur absolut, sondern auch nach Prozenten. In Deutschland sind jetzt 23 Verbrennungsöfen vorhanden; von den 26 deutschen Ländern haben die beiden größten Königreiche Preußen und Bayern keine Krematorien, Sachsen dagegen vier und Württemberg drei; Baden hat vier, Posen zwei, in den thüringischen Staaten finden sich sechs, ferner haben alle drei freien Städte Krematorien, und schließlich verfügt auch Anhalt über eins in seiner Hauptstadt Dessau. In diesem wurde im letzten Jahre die kleinste Zahl von Einäscherungen, nämlich 25, vorgenommen, während in Hamburg die größte, 678, Verbrennungen stattfanden. Nicht viel geringer war die Zahl in Chemnitz: 643. Da außerdem in Leipzig 477, in Jittau 206 und in Zwickau 189 Leichen im Jahre 1910 verbrannt worden sind, fällt auf die sächsischen Krematorien beinahe ein Viertel der 6074 Verbrennungen. Die drittgrößte Zahl von Einäscherungen, 549, entfiel auf den ältesten Verbrennungsöfen in Gotha.

**„San-Relva“ — keine Verleumdung.** Kürzlich wurde vom Nürnberger Kriegsgericht ein Referat wegen angeblicher Verleumdung und Verunglimpfung zu sechs Monaten und fünfzehn Tagen Gefängnis verurteilt. Die Sache kam dann vor das Oberkriegsgericht. Dort hob der Vorsitzende des Soldaten hervor, daß der Vorfall während des Wanders in einem Dorfe spielte und daß der Soldat durch den Unteroffizier erreicht war, da der Unteroffizier den Soldaten vor dem



die Schuhe nicht anheften; es war vielmehr gezwungen, während dieser Arbeit nur mit den Strümpfen zu hantieren oder darauf auf den feuchten Fußboden aufzutreten. Das hatte zur Folge, daß das Mädchen das Keulen in die Hände bekam. Der Herr Appelt ist es ferner üblich, daß die Dienstmädchen auch während der kalten Jahreszeit in einer ungeheizten Dachkammer schlafen müssen. Am 18. Januar klagte das Mädchen so krank, daß es sich genötigt sah, den Dienst ohne Rücksicht auf verlassene und sich alsbald zu Herrn Sanitätsrat Dr. Körner in ärztliche Behandlung zu begeben. Herr Dr. Körner untersuchte das Mädchen, und erklärte es für arbeitsunfähig; auch mußte es sich sofort ins Bett legen.

Inzwischen hatte Herr Appelt nichts eiligeres zu tun gehabt, als bei der Polizei die sofortige Zurückführung des Mädchens in den Dienst zu beantragen. Ein Schuhmann, der das Mädchen zurückbringen sollte, fand es in der Wohnung der Mutter krank im Bett liegend vor. Daraufhin leistete Herr Appelt auf jede weitere Dienstleistung des Mädchens Verzicht und handigte dem Schuhmann das Gesundheitsbuch und die Leihungsurkunde aus. Doch hielt es Herr Appelt für unbedingt notwendig, gegen das kranke Dienstmädchen einen Strafantrag wegen unerlaubten (1) Entfernens aus dem Dienst zu stellen. Wie unberechtigt dieser Strafantrag war, geht schon daraus hervor, daß es jedem Dienstmädchen gesetzlich erlaubt ist, im Falle einer ersten Erkrankung das Dienstverhältnis auch ohne vorherige Kündigung sofort zu lösen. Die Polizei schickte auch dem kranken Dienstmädchen einen Strafbefehl über 3 Mk.

Auf den Einspruch des Mädchens beschloß sich das Schöffengericht in Breslau mit der Sache. Der als Zeuge geladene Sanitätsrat Dr. Körner befand sich unter seinem Eid, daß das Mädchen seinerzeit tatsächlich krank und arbeitsunfähig war; auch sei es nicht von der Hand zu weisen, daß die Erkrankung des ohnehin schwächlichen Mädchens, aus dem Ausziehen der Schuhe beim Aufstehen und auf den kalten, ungesunden Schlafraum zurückzuführen sei. Auf die Frage des Vorsitzenden am Herrn Appelt, ob er auch jetzt noch ein Interesse an der Bestrafung des Mädchens habe, erwiderte Herr Appelt: „Ich bitte, daß das Mädchen bestraft wird.“ Der Amtsanwalt beantragte die Einstellung des Verfahrens, weil der von Appelt gestellte Strafantrag als nicht rechtmäßig anzusehen sei; er hätte diesen noch vor Lösung des Dienstverhältnisses stellen müssen und nicht gleichzeitig mit der Ueberreichung des Gesundheitsbuches und der Leihungsurkunde. Das Gericht schloß sich dieser Auffassung an und erkannte auf Einstellung des Verfahrens.

Dieser Fall beleuchtet die traurige Lage der Dienstmädchen recht deutlich. Er ist aber auch für die Mädchen eine dringende Mahnung, sich der Organisation anzuschließen, die für sie geschaffen worden ist. Denn nur ein geschlossenes Vorgehen kann auch den Hausgefehlten helfen. Hinweg mit der Geheimschönung, hinweg mit den Vorurteilen der „Herrschenden“, die ihre Mädchen wie Sklaven behandeln können, und her mit einem freien Arbeitsvertrag für die Dienstmädchen, her mit einer Kranken-Versicherung für sie, wo die Mitglieder das Recht der Selbstverwaltung haben. Das sind die Forderungen, die immer wieder erhoben werden müssen; ihre Verwirklichung wird um so eher kommen, je mehr sich die Dienstmädchen ihrem Verbande anschließen.

**Diebstahl aus Not.** Unter der schweren Anklage, den Magistrat der Stadt Breslau um 20 Pf., wörtlich zwanzig Pfennige, geschädigt zu haben, stand am Sonnabend eine arme Witwe vor dem Breslauer Schöffengericht. Die Frau war Anfang 1911 in der Steuerhelferstelle an der Paradiesstraße als Hebenungsfrau beschäftigt gewesen. Sie, die mit 4 kleinen Kindern schon seit 3 Jahren ohne Ernährer dastand, hatte am Abend des 21. März nur 15 Pf. Geld bei sich, was nicht einmal auf Kohlen zum Abkochen des warmen Abendbrot für die Kinder hinreichte. In ihrer Not nahm sich die Frau in ihrer Marktasche einige dem Magistrat gehörige Kohlen aus dem Keller der Zählstelle mit nach Hause. Sie wurde dabei von Frau Ida Krampal, der Besitzerin des Hauses Paradiesstraße 38, beobachtet, die den „Diebstahl“ sofort meldete. In der Verhandlung vor dem Schöffengericht schilderte die bisher unbekannte arme Frau ihre drückende Notlage, die sie zu dem „Diebstahl“ veranlaßt hat, und bat, sie nicht ins Gefängnis zu schicken. Ihr abgemürbter Eindruck, den sie vor Gericht machte, ließ erkennen, wie schwer diese Frau um ihr Leben kämpfen mag. Das Urteil lautete auf einen Tag Gefängnis, doch soll sie zur bedingten Begnadigung empfohlen werden. — Ein Steinarbeiter und ein Drainagearbeiter aus Kolkwitz, Kreis Breslau, sollen im Herbst 1910 die königliche Eisenbahnstation um je 25 Pfennige (1) geschädigt haben, indem sie sich von der Bahnhofsstelle in Kolkowitz zwei Stücke Kohle mit nach Hause nahmen. Das Schöffengericht in Breslau verurteilte auch sie zu je einem Tage Gefängnis.

**Die man wegen „verurteilten Betruges“ angeklagt werden kann.** Am 30. Oktober v. J. unternahm ein hiesiger Hotelbierknecht einen Ausflug nach Hundsfeld; er benutzte eine Waggonsklasse II. Klasse. Zur Heimfahrt bestieg er den letzten von

dem kommenden Personenzug, der in Hundsfeld nur 1 Minute Aufenthalt hat. Der Zug traf bereits überfüllt in Hundsfeld ein; auch die II. Wagenklasse war überfüllt, so daß der Hotelbierknecht, um nicht am fremden Ort zurückbleiben zu müssen, in einem Mittel I. Klasse einstieg. Dort wurde er von dem revidierenden Schaffner angetroffen, zum Aussteigen veranlaßt und wegen verurteilten Betruges (1) — angezeigt. In der Verhandlung vor dem Breslauer Schöffengericht erkannte selbst der Staatsanwalt an, daß sich beim Sonntagsverkehr die genaue Trennung der Wagenklassen nicht immer durchführen lasse. Auf keinen Fall sei anzunehmen, daß der Angeklagte die Eisenbahnbehörde betrügen wollte. Er beantragte deshalb die Freisprechung. Das Gericht schloß sich dieser Auffassung an und sprach den Hotelbierknecht frei.

**Ein Paletotmarder.** Ein gefährlicher Paletotdieb stand in der Person des Handlungsgehilfen Josef Büllef vor dem Schöffengericht in Breslau. In fünf Fällen hatte er die Unaufmerksamkeit der Gäste in Restaurants, namentlich in Osow, dazu benutzt, um sich an ihren Liebergebern zu bereichern. Die gestohlenen Sachen verstaute er in Pfandlehgeschäften, von dem Erlös bestritt er seinen Unterhalt. Das Urteil lautete auf drei Monate Gefängnis, wovon ein Monat auf die erlittene Unterfuchungshaft angerechnet wurde.

**Wo war die Polizei?** Am Sonnabend Abend kurz nach 10 Uhr gerieten aus der Gräbichenerstraße nahe der Hohenollerstraße, zwei Männer in Streit, der schließlich in tätlichen Übergeht. Einer der Kämpfhähne packte den anderen am Kragen, warf ihn auf das Trottoir und bearbeitete ihn mit den Fäusten. Der am Boden liegende Mann wehrte sich heftig und schrie aus Leibeskräften um Hilfe. Die Anwohner der Straße öffneten die Fenster, Schaulustige liefen zusammen und beäugten die Kämpfenden, zum Teil gaben sie durch Gelächter ihrer Freude Ausdruck, was mir als Rohheit bezeichnen möchten, da es sicher nicht belustigend wirkt, wenn sich zwei mit den Fäusten schlagen. Der Kampf und das Brüllen dauerte eine ganze Weile; erst nachdem sich die beiden ermüdet und die Kleider vom Leibe gerissen hatten, ließen sie sich los. Dann begann aber das Brüllen mit doppelter Energie. Von allen Seiten liefen Leute herbei, wer aber nicht kam, das war — der Schuhmann. Ganz klar ist, nachdem die Kämpfenden bereits verflungen waren, näherte sich schließlich ein Pöbel der Ordnung. Man sollte meinen, bei solchen Anlässen müßte die Polizei schneller zur Stelle sein, denn hier ist es am Platze, sich ordnend zu betätigen. In diesem Gebiet fällt auch die Tätigkeit der Polizei. Wenn ein Hoch auf das freie Wahlrecht auf der Straße ertönt, war die Polizei stets recht eifrig auf dem Posten.

**Abgeblüht.** Das Gewerkschaftskarteil Langenöls sollte nach Ansicht der dortigen Polizei ein politischer Verein sein. Der Vorsitzende, Genosse Mangel, wurde deshalb wegen Nichtanmeldung der Vorstandsmitglieder angeklagt. Nachdem nunmehr alle Instanzen sich damit beschäftigt hatten, entschied das Breslauer Oberlandesgericht, daß Gewerkschaftskarteile keine politischen Vereine sind. Infolgedessen wurde Genosse Mangel freigesprochen. — Die Kosten tragen natürlich die Steuerzahler.

**Verammlung der Gewerbegerichtsstützer.** Die am Freitag tagende Verammlung beschäftigte sich ausschließlich mit wichtigen Fragen aus der Rechtsprechung des Gewerbegerichts. Es hat sich ein Mangel an geeigneten Sachverständigen herausgestellt. Gar oft kommt es vor, daß das Gewerbegericht den vom Verklagten vorgelegten Sachverständigen bestellt, weil der Kläger nicht in der Lage ist, einen Sachverständigen vorzuschlagen. Die Arbeiter müßten in den Stand gesetzt werden, wenn vor dem Gewerbegericht die Vernehmung von Sachverständigen notwendig wird, sie anzugeben. Aus allen Verufen sollte eine Liste von Sachverständigen aufgestellt werden. Es wurde dazu bemerkt, daß es Aufgabe des Kartells wäre, eine solche Liste durch die Gewerkschaften zusammenstellen zu lassen. Eine andere wichtige Sache sei die, die Beisitzer in den Besitz der Tarife zu bringen, damit sie bei Streitigkeiten genau feststellen können, ob die Angaben der Verklagten oder die Forderungen der Kläger berechtigt sind. Die Fälle, wo es zweifelhaft ist, ob ein Tarif besteht, oder wie die tariflichen Bedingungen sind, gehören durchaus nicht zu den Seltenheiten, die Beisitzer können sich kein richtiges Bild von der Sache machen. Etwas anderes ist es, wenn sie unterrichtet sind. Natürlich müßten es die Beisitzer sich angelegen sein lassen, die Tarife genau zu studieren, mit der Zeit werden sie ihnen geläufig sein. Eine weitere Angelegenheit bildete die Tarifrage bei den Arbeitgeber, die außerhalb einer Vereinigung stehen. Es kommt häufig vor, daß ein Arbeitgeber erklärt, ihn ginge der Tarif nichts an, er sei weder Mitglied der Innung noch des Arbeitgeberverbandes, er bezahle den Lohn nur nach Leistungen. Zuweilen trifft es auch zu, daß der Kläger unorganisiert ist. Die Beisitzer geraten in Zweifel, wie sie sich da verhalten sollen. Ueber diesen Punkt wurde eine lebhafte Aussprache geführt. Mit Recht führte Genosse Franke an, daß, wenn in einem Verufe, sei es mit der Innung oder dem Arbeitgeber-Verbande, ein Tarifvertrag besteht, der Vertrag für alle Arbeitgeber in

dem Gewerbe bindend sein muß, und daß auch die unorganisierten Arbeiter den tariflichen Lohn erhalten müssen. In der Regel nimmt noch das Gewerbegericht an, daß die tariflichen Abmachungen als ordentliche anzusehen sind, doch kommen Abweichungen vor. Wie steht es aber, wenn im Gewerbe kein von Vereinigungen abgeschlossener Arbeitsvertrag eingeführt ist, wenn nur einzelne Unternehmer sich zu tariflichen Lohn- und Arbeitsbedingungen verpflichtet haben? Dann muß bei Streitigkeiten der Arbeiter nachweisen können, daß der Tarif vom Unternehmer unterschrieben ist. Ist das der Fall, dann ist er ebenso an den Tarif gebunden, wie wenn ein korporativer Vertrag bestünde. In der Tariffrage stellen sich einige Bedenken auf den Standpunkt, daß nicht nur Gastwirtschaften, sondern auch die Kaffeehäuser das Recht haben, zu beanspruchen, daß die Tarifgelder zum Lohn zugerechnet sind. Ein ständiges Kapitel in jeder Sitzung ist die Überlegung des Gewerbegerichts, für den Vorstehenden sowohl wie für die Beisitzer werden die Gewerbegerichtsstützer immer anstrengender und ermüdender. Hilfe erscheint dringend geboten. Aber wie? Die Schaffung einer zentralen Spruchkammer wird zur Notwendigkeit. In einer Sitzung 20, 25 bis 30 Termine sind jetzt die Regel. Nach der Eingemeindung von Gräbichen wird die Zahl noch größer werden. Es wurde beschlossen, eine Ausschüttung zu beantragen, wo die Ungelegenheit eingehend besprochen werden soll. Genosse Franke wies auf die reichhaltige Literatur über die Rechtsprechung der Gewerbegerichte hin und ersuchte die Vertreter eifrigt davon Gebrauch zu machen.

**Der tödliche Betriebsunfall.** Der sich am 14. November 1910 in der Kalk- und Sandsteinsabrik an der verlängerten Niedergasse ereignete, und über den wir seinerzeit berichtet haben, beschloß die I. Strafkammer in Breslau. Bekanntlich büßte bei diesem Unfall der Arbeiter Karl Kuchter sein Leben ein. Die Staatsanwaltschaft machte den Werkmeister Adolf Gröner und den Betriebsleiter Walter Grünberg in Breslau für den Unglücksfall verantwortlich. Der in der Fabrik aufgestellte Elevator wurde durch zwei Riemenscheiben in Bewegung gesetzt. Eine dieser Scheiben war schadhaft geworden und mußte erneuert werden; die neue Scheibe war aber im Durchmesser etwas kleiner geraten, als die ausgeschaltete, so daß ein selbsttätiger Hebel, der den Antriebsriemen von einer Scheibe auf die andere leitete, nicht mehr richtig funktionieren konnte. Kuchter wollte nun, entgegen den bestehenden Betriebsvorschriften, von einer hohen Leiter aus während des Betriebes den locker laufenden Riemen mit einem Schauffelstiel auf den höheren Scheibenrand hinüberdrücken, um ihn dadurch stramm zu spannen. Dabei kam aber der Stiel mit der Scheibe in Berührung und wurde mit solcher Heftigkeit gegen den Kopf des Arbeiters geschleudert, daß dieser bewußtlos von der Leiter stürzte. Er schlug mit dem Kopf auf eine eiserne Schutzvorrichtung und verletzte sich so schwer, daß er noch am selben Tage starb. Die Beweisnahme ergab die Schuldlosigkeit der beiden Angeklagten an dem Unglück, weshalb sie freigesprochen wurden.

**Bauarbeiter-Verband.** Der Bau Gabisstraße Nr. 21 (Unternehmer Franz aus Carlswitz) ist gesperrt, da der Unternehmer an die Hilfsarbeiter nicht den tarifmäßigen Lohn zahlte, nämlich statt 43 Pfg. nur 37 Pfg.

**Das Maifest der Landdistrikte Böpelwitz, Klein-Gandau und Neulisch** ist wegen des schlechten Wetters auf Sonntag, den 14. Mai, verschoben worden; es wird bei Dürre in der Kl.-Gandau abgehalten.

**Achtung, Militärpflichtige!** Gesuche von Militärpflichtigen um Befreiung vom Militärdienst können, wenn sie erst nach der Musterung (Einstellung) eingebracht, nur dann berücksichtigt werden, wenn die Gesuchsbegründe erst nach Beendigung des Musterungsgeschäfts eingetreten sind. Gesuche um vorzeitige Entlassung dienender Soldaten müssen stets an die zuständige Erbschaftskommission gerichtet werden.

**Die Rohrleger** hielten am Sonntag im Gewerkschaftshaus eine Verammlung ab, um ihre Tarifangelegenheiten zu besprechen. Vorher hielt Genosse Schneidemund einen Vortrag, der mit großem Beifall aufgenommen wurde. Nach dem Bericht des Koll. Wolf wurden in verschiedenen Betrieben die tariflichen Bedingungen nicht eingehalten. Zum Teil sind die Kollegen selbst schuld daran, die Ortsverwaltung und die Branchenleitung tun ihre Schuldigkeit, leider aber richten sich manche Kollegen nicht danach; es sollte ihnen mehr Vertrauen entgegengebracht werden. Das Bestreben sei, einheitliche Löhne herbeizuführen. Das könnte auch erreicht werden, wenn nur die Gehilfen mithelfen wollten.

**Konzert im Claassenschen Siedenhaus.** Die Gesangsabteilung der städtischen Haushaltungsschule veranstaltete am 30. April im Claassenschen Siedenhaus ein Konzert mit einem reichhaltigen musikalisch-dramatischen Programm. Durch die frohen herzerfreuenden Frühlingslieder des Chores und die humoristischen Vorträge wurden die Zuhörer, die sonst wohl kaum nach einem Konzert beizutreten könnten, in die heiterste Stimmung verlegt und hochgefreut. Diese Konzerte sollen sich wiederholen, wofür die Gesangsabteilung und ihre Leiterin gewiß alle Anerkennung verdienen.

Publikum roh beschimpfte und ihn einen „Sau-Rekruten“ nannte.

Darauf führte der die Verhandlung leitende Oberkriegsgerichtsrat Schmidt in der Urteilsbegründung aus, daß die Bezeichnung „Sau-Rekrut“ für den Soldaten (der Mann diene im dritten Jahre) eine Beleidigung gewesen sei und daß der Soldat kein Recht hatte, sich deswegen aufzuregen!

Natürlich wird der deutsche Michel nun um so lieber Soldat werden.

**Paukische Zeugnisse.** Von einer eigenartigen Geschichte, die nach Russland hinüberführt, weiß die „Paukische Zeitung“ wie folgt zu berichten: „Im kaiserlichen Koll. bed war eine Schmittin zurückgeblieben, die von der Herrschaft als Dienstmädchen engagiert wurde. In Ostern wollte sich das Mädchen mit einem Arbeiter aus Weidenau verloben und wandte sich deshalb an den Herrscher ihres Heimatsortes um Ausstellung eines Zeugnisses. Als dieser nicht eintrat, trat sie die kaiserliche Reise nach der Heimat an. Nach kurzer Zeit kehrte sie heimkehrend mit dem Herrn und der Genehmigung zurück. Aber leider konnte niemand das jetzt drei Wochen lange Schicksal des griechisch-orthodoxen Schmittens entziffern. Dieses wurde deshalb zur Überzeugung nach Berlin geschickt. Dabei stellte sich heraus, daß der Herrscher dem Mädchen bezeugt hatte, es sei bereits verheiratet. Nicht nur die Frau, sondern sogar der Herrscher waren getäuscht. Die Kaiserin bemerkte nun, daß der Herrscher des Schmittens der Wahrheit nicht entsprach. Abermals trat sie die Reise nach Russland an. Als sie dort dem Herrscher Berichtungen wegen der falschen Bezeugung machte, wurde diese vor ihren Augen gerissen und sie bekam den gemäßigten Schein.

Man nimmt an, daß die Falschung nach dem bekannten Rezept erfolgt ist, um eine Fehlleistung des Mädchens mit einem Angehörigen der evangelischen Kirche zu hindern.

**Die Mordanschläge auf den Kaiser.** Der Oberlandesrat Joseph Kirchhammer, der seit einiger Zeit vom Generalgouverneur in Jassy wegen Hochverrats verurteilt wurde, hat sich bei Pagan in Sibbul erschossen. Der Verdacht gegen Kirchhammer bestand seit längerer Zeit, aber erst in den letzten Tagen gelang es, die Mordanschläge in den Besitz von Kirchhammer zu übermitteln. Kirchhammer wurde zum Tode verurteilt, aber nicht nach russischer Weise. Er hat sich von

der Verhaftung durch Selbstmord entzogen. Es handelt sich wahrscheinlich um eine Espionageaffäre.

**Verurteilung eines geisteskranken Soldaten.** Ein Hülfiler vom Grenadier-Regiment Nr. 3 hatte sich vor dem Königsberger Kriegsgericht wegen Fahnenflucht und einiger damit zusammenhängender Vergehen zu verantworten. Bei dem Angeklagten machten sich Anzeichen hochgradiger geistiger Minderwertigkeit bemerkbar, deshalb wurde des Gutachten eines medizinischen Sachverständigen eingefordert. Dieser befand, daß der Angeklagte leide an angeborenem Schwachsin und habe intellektuell auf der Stufe eines etwa 14 Jahre alten Vorkindes. Trotzdem erklärte der Herr Sachverständige, die geistige Verfassung bedinge nicht eine Straffreiheit des Angeklagten auf Grund des § 51 des Reichsstrafgesetzbuchs, wohl aber sei „Milde“ am Platz. Das Kriegsgericht ließ dem auch „Milde“ walten und erkannte auf — acht Monate Gefängnis.

**Wann ein entlassener Jugendkriminal.** In Losheim im Kreise Merzig drang Nachts der entlassene Jugendkriminal Schmal in das Haus seiner früheren, inzwischen verheirateten Frau ein, um sie zu ermorden, kam aber aus Versehen an das Bett ihrer vierzehnjährigen Schwester, die er niederstach. Der Zustand des Mädchens ist hoffnungslos. Der Mörder wurde im Walde schlafend verhaftet.

**Warum die Menschen unbelügen.** In der Danziger Vorstadt Schöndorf hat sich ein Liebesabenteuer abgespielt. Der fünfjährige Schmarl vom Danziger Grenadier-Regiment 5 hatte eine Arreststrafe von drei Tagen zu verbüßen. Er nahm sich diese Strafe so zu Herzen, daß er beschloß, sich zu töten. Er überredete auch seine Geliebte, die Rekrutenkammerfrau, ihm in den Tod zu folgen. Beide wurden in der Wohnung des Einjährigen Kameraden vergiftet aufgefunden. Die Untersuchung ergab, daß die Substanz in größeren Mengen zu sich genommen hatten. Sie wurden noch lebend nach dem Krankenhaus gebracht.

**Einem beim Gefechtstagen.** In Augsburg wurden, wie wir dem „A. Z.“ entnehmen, beim Gefechtstagen Schachschiffen einer Infanteriekompanie zwei Soldaten verurteilt. Bei dem unter der Aufsicht des Hauptmanns a. R. Rastendorfen Jagdigen den 11. Kompanie des dritten bayerischen Infanterie-Regiments wurden zwei Soldaten an den Füßen von Gefechtschiffen getroffen. Die Wunden waren nicht abgewaschen, sondern noch fünf Stunden lang festgeheftet. Die Verurteilung wurde nach demselben Verfahren gefällt, wo

sie geraume Zeit im strömenden Regen liegen blieben, bis sie nach dem Lazarett geschafft wurden.

**Verfahren gegen einen Berliner Kriminalkommissar.** Der Berliner Kriminalkommissar v. Tressow ist, wie Berliner Blätter melden, vorläufig seiner Funktionen entzogen worden und dürfte nach Erlebigung des gegen ihn schwebenden Verfahrens vom Amte suspendiert werden. Diese Maßnahme steht mit der Affäre des Wandbektors v. Winterfeld in engstem Zusammenhang. Vor einigen Tagen war bereits in der Wohnung des Kriminalkommissars v. Tressow im Auftrage der Staatsanwaltschaft durch einen Kriminalinspektor eine Hausdurchsuchung abgehalten worden.

Dieser Tressow spielte in seiner Eigenschaft als Kriminalbeamter bei allen Standaalprojekten der letzten Jahre eine Rolle. **Handelshaus und Menschenleben.** Man schreibt der „Frankfurter Zeitung“: Die einst vielbewunderte Schauspielerin Karoline Bauer (1808 bis 1877) erzählt in ihrem Memoirenwerk „Aus meinem Bühnenleben“ eine hübsche, wenig bekannte Anekdote aus dem Leben Kogebus, die es verdient, in diesen Tagen der Erinnerung an den Dichter von „Menschenhaß und Reue“ aufgeführt zu werden. Während der kurzen Zeit, in der Kogebus dem Königsberger Theater als Direktor vorstand, verkehrte er sehr viel mit dem Herrn v. Knigge, dem Verfasser des weltbekannten Buches „Ueber den Umgang mit Menschen“. Nun hatte Knigge einen wunderlichen Pudel, an dem Kogebus folches Gefallen fand, daß er den Freiherrn bestimmte, ihm den Hund zu verkaufen, und ihn auch wirklich erhielt. Kogebus nahm also den Pudel in Empfang und verpackte den Kaufpreis von vier Friedrichsd'ors am nächsten Tage an Knigge zu zahlen. Indessen hielt er nicht Wort und ließ sich bei Knigge überhaupt nicht mehr sehen. Als nun Knigge seinen Freund nach einigen Wochen mahnte, schickte Kogebus den von Knigge so gut gepflegten Hund in einem jammerhaften Zustand seinem früheren Herrn mit dem Bemerkten zurück, daß der Pudel seinen Erwartungen nicht entspräche und ihm die Haare vom Kopfe stieße. Knigge schwur, ihn an Kogebus zu rächen. Er ließ ein Transportmännchen, das den Pudel darstellte, verpacken es mit der Unterschrift „Handelshaus und Menschenleben“ und hing es, hell beleuchtet, während mehrerer Abende an sein Fenster. Herr Kniggeberg wurde natürlich herzu und ergoß sich weidlich an dieser gemachten Rache. — Nach einigen Tagen sandte Kogebus an Knigge vier Friedrichsd'ors, ohne den Pudel zurückzufordern. Da verschwand auch der „Handelshaus“ aus Knigges Fenster.



Die nächste Sitzung der Stadtverordneten am Donnerstag den 1. März 1890.

In dem abgeänderten Fluchtitlinienplane eines Theiles der Nikolaiborstadt zwischen dem Niederschlesisch-Märkischen und dem Freiburger Bahnhof, westlich und östlich von der Bergstraße, liegt ein von Straßenzügen rings umgebener Platz von etwa 5240 Quadratmetern. Der Magistrat will diesen Platz von den Erben der vermittelten Rittergutsbesitzer Emma Kappfieber für 15.720 Mark kaufen und zu einem Schuttplatz herrichten. Der Quadratmeter kostet also 3 Mark.

Bei den Straßeneinfassungen im Jahre 1910 sind 43.566 Mark erspart worden. Aus diesen Ersparnissen will der Magistrat 36.000 Mark zur Umpflasterung der Hohenzollernstraße zwischen Hölshenstraße und Kaiser Wilhelmplatz und 12.200 Mark zur Neupflasterung des Reststückes der Straße an den Kasernen von Werderstraße bis Nr. 6a verwenden.

Für Ausbaurbeiten an mehreren Gebäuden des Allerheiligen-Hospitals hat die Stadtverordnetenversammlung Ende April 1910 28.300 Mark bewilligt. Die Ausgaben sind aber um 13.699 Mark überschritten worden, womit sich jetzt die Stadtverordnetenversammlung einverstanden erklären muß.

In Veerbeutel ist die Morgenzeile zwischen Dahnstraße und deren Parallellstraße (Straße 6) und der Schmutzplatz in der Weirhobenstraße anzulegen; die Kosten betragen zusammen 66.100 Mark. Die Breslauer Fabrikant hat sich verpflichtet, diese Summe bis zum 1. Mai 1912 inslos vorzuschlehen.

Bei der Umpflasterung der Hofenkollektstraße sollen die Gleise der städtischen Straßenbahn erneuert werden, wodurch eine Ausgabe von 30.000 Mark entsteht. Der schlechte Untergrund dieses Straßenteils hat, wie der Magistrat sagt, alle Jahre umfangreiche und teure Geleisunterhaltungsarbeiten verursacht. Um weitere kostspielige Umlegungen zu ersparen, will der Magistrat die Geleise sofort bei der Umpflasterung erneuern.

**\* Achtung, Böttcher!** Mittwoch, den 10. Mai, Abends 7½ Uhr, im Billardzimmer des Gewerkschaftshauses Mitglieder-Versammlung. Die Tagesordnung ist sehr wichtig und wird in der Versammlung bekanntgegeben. Vollständiges Erscheinen ist Pflicht aller Mitglieder. Die Ortsverwaltung.

§ Gehängt hat sich am Sonntag früh auf dem Vorboden des Hauses Neubörsstraße 84 der 52 Jahre alte Arbeiter Simon Fischer. Der Mann, der eine Frau und drei Kinder besaß, lebte von seiner Familie getrennt.

§ Von einem **Kollwagen** umgefahren wurde am Freitag auf der **Wes. Reinen** und **Reifenstraße** ein dreißigjähriger Knabe; er wurde an Armen und Reinen schwer verletzt und wurde in das **Städtelienhospitol** gebracht werden.

im Partei-Sekretariat,  
in der Expedition der „Volkswehr“,  
im Gewerkschaftshause,  
in den Zigarrengeschäften von: Stubi, Deuthenstraße 58,  
Reichelt, Matthiasstr. 140, Roggerke, Matthiasstr. 28,  
Lize, Humboldtstraße 8,  
und sind Abends im Saale zu haben.

\* Das eingemeindete Gräbchen mit dem Gutsbezirk erhalten die Bezeichnung Steuerbezirk 67 und werden der Steuerabtheilung IX zugewiesen.

§ Der Breslauer Wollmarkt: wird in diesem Jahre am 9. und 10. Juni in der Halle 8 des Städtischen Viehhofes abgehalten und beginnt an beiden Tagen um 7 Uhr früh.

Die Zerk-strasse, deren Häuser bisher noch fortlaufende Hausnummern hatten, ist jetzt auch auf der rechten Seite mit ungraden, auf der linken mit graden Nummern versehen worden.

**§ Warnung vor zu kaltem Getränk.** Der Polizei-Präsident sieht sich durch häufige Vorkommnisse veranlaßt, vor dem Genuß eiskalter Getränke und zu kaltem Speiseeis eindringlich zu warnen und die Ausschänker von Mineralwassern anzuweisen, das Getränk in einem dem Trinkwasser entsprechenden Wärme- grade von 10 Grad C zu verabfolgen, widrigenfalls polizeilich eingeschritten werden müsse.

§ Von einem Radfahrer umgefahren wurde am Freitag auf der Matthiasstraße ein 13 Jahre alter Schüler; er erlitt eine Verletzung am rechten Knie.

§ Taschendiebstahl in der Kirche. Einer Frau, die am 14. April in der Dominikanerkirche war, ist dort ihr Portemonnaie mit Inhalt aus der Tasche gestohlen worden.

**„Leuten gefügt!“** In dem Hausflur des Hauses Paradiesstraße 13 ist Sonnabend Nachmittag kurz nach 4 Uhr ein Kolporteur von einem jungen Mann körperlich mißhandelt worden. Die Augenzeugen dieses Vorfalles werden gebeten, sich in der Redaktion der „Volksmacht“ zu melden.

5 Gefunden wurden eine Frühstückstasche, zwei Portemonnaies mit Inhalt, eine silberne Damenuhr, ein Atlas, drei Blumensträußchen, eine Reichsbanknote und mehrere Pelf-Poss.

**Ein Kolonialbeamter wegen Meineids verurteilt.**

**Der gefeierte Schmuggler.**  
 Düsseldorf, 8. Mai. Der holländische Zigarrenschmuggler  
 Silbrandt, der vor einigen Tagen in Clee bei der Ver-  
 führung zum Untersuchungsrichter siländerte, in ein in der Nähe  
 liegendes Automobil kletterte und glücklich seinen Verfolgern ent-  
 kam.

## Die Verfassung Elsaß-Lothringens.

**Meutererei an Bord eines englischen Schiffes.**  
Dünkirchen, 7. Mai. An Bord des englischen Dampfers „Manchester“ entstand gestern eine Meutererei. Seitens der Mannschaft wurden Flaschen und sonstige Gegenstände gegen den Kapitän, in dessen Nähe sich die übrigen Offiziere befanden, geschleudert. Schließlich ließ der Kapitän eine Polizeipatrouille an Bord rufen. Diese erschien alsbald und ging gegen die Meuterer vor. Drei von ihnen wurden verhaftet und zur Verfügung des englischen Konsuls nach dem Polizeikommissariat gebracht. Ein vierter kam auf der Flucht zu Fall und erlitt einen Schädelbruch.

**Ueber den Eund mit der Ringmaschine.**

**Kopenhagen, 8. Mai.** Der belgische Aviatiker Cozil ist gestern Abend sechs Uhr in Malmö mit seinem eigens konstruierten Doppeldecker aufgestiegen und nach einem glänzenden Flug ohne jeden Zwischenfall bei schönem Wetter auf dem Flugplatz bei Kopenhagen gelandet. Es ist dies der erste gelungene Flug über den Sund. Der Zweidecker bewährte sich trotz seiner riesigen Dimensionen vorzüglich. Der Flug über den Sund hat nur 45 Minuten gedauert.

### Freibaßen und Starkstromleitung.

Büsch, 8. Mat. Gestern Nachmittag kurz vor 1/2 Uhr geriet über dem Schießlande Büsch im Kanton Zürich ein Freiballon in die Nähe einer Starkstromleitung von 45 000 Volt. Im Nu schossen elektrische Strahlen aus der Leitung nach dem kaum drei Meter darüber befindlichen Korbe des Ballons. In diesem Moment fiel ein Passagier aus dem Korbe etwa 40 Meter tief zur Erde nieder direkt auf die Füße und verletzte sich sehr schwer. Der Verletzte heißt Franz Allermann und ist angeblich in Berlin Offizier. Er machte die Fahrt mit dem Ballon, der am Vormittage in Konstanz aufgestiegen war, als Fahrgast mit noch einem Passagier mit, der beim Landen des Ballons ebenfalls schwer verletzt wurde.

**Berlin, 8. Mai.** Die beiden Brüder Otto und Oskar Schreier gerieten gestern Abend, nachdem sie am verfloffenen Nachmittage ihre Mutter beerdigt hatten, infolge einer längeren, nach dem Begräbniß unternommenen Bierreise in Meinungsverschiedenheiten, die schließlich in Fäcilichkeiten ausarteten. Oskar zog schließlich ein Messer und verletzte damit seinen Bruder Otto auf der Heimkehr vor dem elterlichen Hause durch mehrere Messerstiche schwer.

**Gewerkschaftshaus.**

**Bibliothek des Sozialdemokratischen Vereins.** Bücherausgabe von 6½—9 Uhr im Zimmer 7.

**Transportarbeiter.** Versammlung im großen Saale.  
**Böcher-Verband.** Mitgliederversammlung, Abends 7 $\frac{1}{2}$  Uhr,  
im Billardzimmer.

**Arbeiter-Radfahrer-Verein.** Versammlung im Zimmer 1.  
**Handlungsgehilfen-Verein.** Versammlung im Zimmer 3.

**Sozialdemokratischer Verein Breslau.**  
Der Zahlabend  
ist heute Montag, den 8. Mai, Abends 8 Uhr,

in folgenden Lokalen:

Distrikt 1	(Gabit), Kronprinzenstr. 50,	Ref. Gen. Herrmann.
2	(Sauerbr.), Vitoriastr. 34,	Dieh.
3	(Gräbich, Dorf. südl.), Gräbschenerstr. 74,	Ref. Gen. Schiller.

3a (Gräbisch, Vorst. nördl.), Luisenstr. 19, Ref. Gen.  
Wolff.  
3a (Gräbisch, Vorst. nördl.), Siebenbürgenerstr. 19, Ref. Gen.

Gen. Machol.  
 4 (Nikolaitor), Bergstr. 15, Ref. Gen. Frau Sawatsch.  
 4 { „ }, Märtschesstr. 96/98, Ref. Gen. Bädler.  
 4 { „ }, Frankfurterstr. 31, Ref. Gen. Ueberhold.

4	(	„	),	Frankfurterstr. 51, Ref. Gen. Auerbach.
6	(	„	),	Leuthenstr. 12/14, Ref. Gen. Auerbach.
7	(	„	),	Hildebrandstr. 28, Ref. Gen. Pache.
6	(	„	),	Westendstr. 26, Ref. Gen. Seibold.

"	7	{	"	), Leuthenstr. 62, Ref. Gen. Heymann.
"	7	{	"	), Posenerstr. 61, Ref. Gen. Senf.

8	(Oberst.)	Mehlgasse 52/54, Ref. Gen. Lodus.
8a	"	Kletschtaufstr. 89, Ref. Gen. Winger.
9	"	Michaelistr. 3, Ref. Gen. Weikert.
		Reichstr. 11, Ref. Gen. Weikert.

9a ( ), Enderstr. 6, Ref. Gen. Rubit.  
10 (Sandtor), Delsnerstr. 8, Ref. Gen. Geile.  
11 ( ), Michaelistr. 26, Ref. Gen. H. Müller.  
12 (Schütz, Mark), Roulstr. 42, Ref. Gen. Brosig.

12 (Scheidm. Vorst.), Bauplitz. 42, Ref. Gen. Siedlitz.  
 13 (Scheidm. Vorst.), Dirschitz. 68, Ref. Gen. Feinke.  
 14 (Ohlauertor), Königgrätzerstr. 10, Ref. Gen. Rabold.  
 15 (Scheidm. Vorst.), Gewerkschaftshaus, Referent Genosse

15a (Ohlauertor), Alte Tschirnstr. 16, Ref. Gen. Neutrich  
16 (Strehlener Tor), Subenstr. 80, Ref. Gen. Philipp

16a (Dohrauer Lor), Dohrauerstr. 70, Referent Genosse  
Gottwald.  
17 (Schweidtker Lor südl.), Neuborffstr. 99, Ref. Gen.

17a Schneidewind.  
(Schneidniger Tor nördl.). Neuborffstr. 66, Ref. Gen.  
Brunn.

18 (Innere Stadt östl.), Kupferschmiedestr. 20/21, Ref.  
Gen. Peuser.

19 (Innere Stadt westl.), Kupferschmiedestr. 21, Ref.  
Gen. Rieger.

Land-Distrikt 6 (Wöpelwitz), Promnitzstr. 3, Ref. Gen. Riedel.  
 " " 14 (Gerbain, Dürreog), Schönstr. 21, Ref. Gen.  
 Rawalla.

**Healthcare Coalition**

**Zigarren** — fertig in Brand und Geformt  
100 Stk 5.20 Mfr. bis 10.00 Mfr.  
empfiehlt gegen Nachnahme

**Zigarren-Fabrik E. Lampe,**  
 Fabrikmeister und Eigentümer. Breslau, Nollat 11, am Oberbahnhof.  
 Filialen: Marktstrasse 16, Ecke Schlegelgasse, Nummer 24.

Beitrag: 20 Pfennig







## Deutscher Reichstag.

168. Sitzung. Sonnabend, den 6. Mai, Nachmittags 2 Uhr.

Im Bundesratliche: Delbrück.

Die Beratung der

### Reichsversicherungsordnung

wird fortgesetzt bei § 169, der die Kosten des Versicherungsamtes im allgemeinen dem Bundesstaat auferlegt, falls es aber bei einer gemeindlichen Behörde errichtet ist, dem Gemeindeverband.

Abg. Gysling (Vpt.) beantragte, die letzte Bestimmung zu streichen, da den Gemeinden sonst zu schwere Kosten erwachsen würden.

Ein Regierungskommissar bittet um Ablehnung des Antrages.

Abg. Silberbrand (Soz.) begründet einen inhaltlich mit dem freisinnigen Antrag übereinstimmenden Antrag. Die Versicherungen haben ein starkes Interesse an der Ausgestaltung der Versicherungsämter als staatliche Behörden. In Württemberg hat sich gezeigt, daß das durchaus durchführbar ist. Was Württemberg kann, wird Preußen doch auch können. Die jetzige Verfassung des Paragraphen ist durch die Konserativen durchgefallen, denen das Zentrum den Gefallen getan hat. Gleichwohl sollte man dann lieber den Paragraphen so fassen: „Die Kosten des Versicherungsamtes trägt der Bundesstaat, wenn er das aber nicht will, legt er sie den Gemeinden auf.“ Die Städte werden zahlen müssen, aber die Kosten für die Verwaltungsabteilungen der öffentlichen Landratsämter wird der Staat tragen. So haben auch hier die Konserativen ihre besonderen Geldbeutelinteressen gewahrt. Der Reichstag sollte aber sich auf solche Partikularinteressen nicht einlassen und unseren Antrag annehmen, der die Wiederherstellung der Kommissionsbeschlüsse erster Lesung bezweckt. (Bravo! bei den Soz.)

Abg. Trimborn (Zentrum) befürwortet einen Kompromißantrag der bürgerlichen Parteien, wonach die Kosten der Bezüge der Versicherungsvertreter dem Staat aufzuerlegen sind, und bestreitet, daß es sich bei diesem Paragraphen um eine Verschlechterung des bisherigen Zustandes handle.

Abg. Gysling (Fortfchr. Vpt.) tritt der letzten Behauptung entgegen.

Abg. Horn-Reuß (nall.) spricht für den Kompromißantrag.

Abg. Silberbrand (Soz.): Es handelt sich hier nicht um Aufrechterhaltung des bisherigen Zustandes, sondern um eine Verschlechterung, denn die Kosten der Gemeinden werden bedeutend steigen. An die Unannehmlichkeiten der Regierung braucht man sich nicht zu stoßen. Die Regierung wird sich schon hüten, das Geheiß an solchen Fragen scheitern zu lassen. (Sehr wahr! b. d. Soz.)

Unter Ablehnung der sonstigen Anträge wird der Kompromißantrag angenommen.

Die folgenden Paragraphen werden debattelos angenommen.

Zu § 128, der die Rechtschilfe regelt, beantragen die Sozialdemokraten, daß bei

### Beweisaufnahmen

den Parteien Gelegenheit zur Teilnahme gegeben werden soll.

Abg. Busold (Soz.): Auch diesen Paragraphen hat die Kommission in zweiter Lesung verschlechtert. Wir beantragen, die in erster Lesung beschlossene Teilnahme der Parteien an der Beweisaufnahme wieder herzustellen.

Abg. Becker (Ztr.) bittet, den Antrag abzulehnen. Was er will, soll beim letzten Buch nachgeholt werden.

Abg. Koch (Soz.): Das ist in der Kommission auch gesagt worden, dann aber nicht geschehen. Hier ist die richtige Stelle zur Einbringung dieser Bestimmung.

Verichtstatter Abg. Dr. Dröschner (Konf.): Nach Ansicht der Kommission soll das ganze Verfahren einheitlich im letzten Buch geregelt werden. Allerdings bezieht sich der betreffende Paragraph, der von der Beweisaufnahme handelt, bisher nur auf die Unfallversicherung und müßte daher auch für die Invalidenversicherung Geltung erhalten. Das soll nachgeholt werden.

Abg. Koch (Soz.): In der Annahme, daß lokal im Sinne dieser Erklärung gehandelt werden wird, ziehe ich unseren Antrag zurück.

§ 157 bestimmt, daß Beamte, die der Dienstgewalt einer staatlichen oder gemeindlichen Behörde unterstehen, von gewissen Strafbestimmungen der vorhergehenden Paragraphen ausgenommen werden.

Abg. Wollenbühr (Soz.) begründet einen Antrag auf Streichung dieses Paragraphen. Es ist nicht sicher, ob alle hier vorgesehenen Verbote disziplinarisch belangt werden können. Daher haben die Versicherer Kassenvorständen gegenüber, die aus Staats- oder Gemeindebeamten bestehen, nicht dieselbe Sicherheit, wie gegenüber anderen Kassenvorständen. (Sehr wahr! bei den Soz.)

Abg. Dröschner (Konf.): Die Kommission ging von dem Grundsatz aus, daß niemand wegen desbesten Vorgehens zweimal bestraft werden soll. Daher mußten die Beamten, die dem Disziplinarverfahren unterstehen, von diesen Strafbestimmungen ausgenommen werden.

Der § 157 wird hierauf angenommen.

§ 161 handelt von der

### Festsetzung des Ortslohnes.

Abg. Brey (Soz.) tritt für einen Antrag ein, wonach bei der Festsetzung des Ortslohnes die Gewerbegerichtsämter, oder wo solche nicht vorhanden sind, die Vertreter der beteiligten gewerkschaftlichen Organisationen gehört werden sollen. Dies ist notwendig, damit der Ortslohn nicht nur vom grünen Tisch aus bestimmt werde.

Der Antrag der Sozialdemokraten wird abgelehnt.

Nach § 162 soll der Ortslohn einheitlich nach dem Durchschnitt für den Bezirk jedes Versicherungsamtes festgesetzt werden.

Abg. Brey (Soz.) begründet einen Antrag, wonach der Ortslohn für männliche Personen über 21 Jahren nicht weniger als drei Mark und für weibliche nicht weniger als zwei Mark betragen darf. Es ist notwendig, solche Mindestsätze festzulegen, weil sonst in verschiedenen Gegenden die Krankheitsbeihilfe, die nach dem Ortslohn bemessen wird, viel zu niedrig werden würde. Es kommen Ortslöhne von 1 Mk. pro Tag vor, und es wäre möglich, daß dann unter Umständen Krankheitsbeihilfen von 50 Pf. pro Tag gewährt würden. Das wäre eine Karikatur auf eine wirkliche Krankheitsbeihilfe. (Sehr wahr! bei den Soz.)

Abg. Wollenbühr (Soz.): In Ostpreußen beträgt die durchschnittliche Krankheitsunterstützung nur 48 Pf. pro Werktag, in Schlesien gar nur 47 Pf., die ortsüblichen Tagelöhne sind hier also im Durchschnitt noch geringer als 1 Mark. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Dabei tragen die Arbeiter, die Arbeitslöhne seien so hoch, daß sie keine Arbeiter bekommen können. Aber wenn sie Beiträge zur Krankenversicherung bezahlen sollen, dann müßten sie die Arbeitslöhne ganz weg verlieren. Denken Sie nur daran, was Sie von den hohen Arbeitslöhnen bei den Holzhauern erzählt haben, wenn nur die Hälfte davon wahr ist, sind die von uns beantragten Minimalsätze auch gerechtfertigt. (Sehr wahr! b. d. Soz.)

Der Antrag wird abgelehnt.

§ 169 gestattet dem Reichsanwalt unter Zustimmung des Bundesrats mit solchen Staaten, die eine der Reichsversicherungsordnung entsprechende Fürsorge durchgeführt haben, Vereinbarungen zur Fürsorge für die Arbeiter, unter Wahrung der Gegenseitigkeit zu treffen.

Die Sozialdemokraten beantragen, daß für Angehörige der Staaten, in denen Reichsangehörige in Bezug auf Arbeiterversicherung nicht ungünstiger gestellt, als die Inländer, die Bestimmungen der Reichsversicherungsordnung ebenso gelten, wie für deutsche Reichsangehörige.

Abg. Gue (Soz.): In zunehmendem Maße werden in der Landwirtschaft und auch in der Industrie, z. B. im Ruhrgebiet

### ausländische Arbeiter

beschäftigt. Die Agenten, die diese Leute nach Deutschland locken, erzählen ihnen nicht, daß sie schlechter gestellt sind, als inländische Arbeiter in Bezug auf die Wohlfahrt der Versicherung. Heute ist es ganz unklar, was für Rechte eigentlich die ausländischen Arbeiter in Bezug auf die Versicherung bei uns genießen. Diesem unbilligen Zustand soll unter Antrag ein Ende machen, der außerdem verhindern will, daß deutsche Arbeiter im Ausland durch unsere Beschäfte geschädigt werden. Wenn der Trappistenlohn über diese Frage sich ausbreitet, so werden wir nicht verfehlen, alljährlich bei der Beratung des Staats des Reichsanwalts des Innern durch reiches Material die Unbillbarkeit der jetzigen Regelung nachzuweisen. (Bravo! b. d. Soz.)

Abg. Schmidt-Verein (Soz.): Auch bei dieser Frage handelt es sich wieder um die Sonderrechte der ostelbischen Großgrundbesitzer, die Hunderttausende von Arbeitern, namentlich aus Rußland, ins Land ziehen. Die Kommissionsfassung des § 169 bietet dem Bundesrat die Möglichkeit, die Versicherungspflicht dieser Arbeiter auszuschließen. Denkt der Bundesrat von dieser Befugnis allgemeinen Gebrauch zu machen oder will er nur in Ausnahmefällen die Ausschließung eintreten lassen. Eine Antwort ist dringend erwünscht. (Sehr wahr! bei den Soz.)

Ministerialdirektor Casper: Die Arbeiter des Landes, das den deutschen Arbeitern gegenüber dieselben Pflichten übernimmt, werden den Reichsangehörigen gleichgestellt werden.

Abg. Schmidt-Verein (Soz.): Rußland wird schwerlich als bald eine derartige Verpflichtung übernehmen. Aus der Antwort des Vertreters des Reichsanwalts des Innern geht also hervor, daß man die russischen Arbeiter von den Wohlthaten der Versicherung auszuschließen beabsichtigt. (Hört, hört! bei den Soz.)

Abg. Wollenbühr (Soz.): Die Kommissionsfassung ist umso bedenklicher, als hier in Deutschland bekanntlich die Praxis besteht, angeblich lästige Arbeiter auszuweisen. Als lästig wird in Zukunft mancher Arbeiter betrachtet werden, der Ansprüche an die Krankenversicherung geltend macht. (Sehr wahr! bei den Soz.)

Der Antrag Albrecht wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und einiger Freisinnigen abgelehnt, § 169 in der Kommissionsfassung angenommen.

§ 171 bestimmt, daß die Beschäftigung eines Ehegatten durch den anderen keine Versicherungspflicht begründet.

Die Abgg. Schmidt-Verein (Soz.) und Wollenbühr (Soz.) begründen einen Antrag Albrecht, diese Bestimmung zu streichen. Es liege gar keine Veranlassung vor, die im Betriebe ihres Ehegatten beschäftigte Frau von der Versicherungspflicht auszuschließen.

Der Antrag wird abgelehnt.

§ 174 bezeichnet als

### Hausgewerbetreibende

im Sinne dieses Gesetzes die selbständigen Gewerbetreibenden, die in eigenen Werkstätten im Auftrage und für Rechnung anderer Gewerbetreibender gewerbliche Erzeugnisse herstellen oder bearbeiten.

Abg. Albrecht (Soz.) verweist auf die ungenügende Definition des Begriffs Hausgewerbetreibende in der Kommissionsfassung und beantragte folgende Fassung: „Als Hausgewerbetreibende im Sinne dieses Gesetzes gelten diejenigen Gewerbetreibenden, die in eigenen oder fremden Betriebsstätten im Auftrage und für Rechnung anderer Gewerbetreibender gewerbliche Erzeugnisse herstellen oder bearbeiten, sowie herstellen oder bearbeiten lassen.“ Die Begriffsbestimmung in der Kommissionsfassung schließt Zwischenmeister und Pflegsleute aus und führt so zur Schädigung zahlreicher in der Hausindustrie beschäftigter Arbeiter. (Zust. b. d. Soz.)

Abg. Dr. Pfeiffer (Zentr.): Der Antrag Albrecht schafft keineswegs die sehr erwünschte Klarheit. Allerdings ist auch die Kommissionsfassung nicht sehr klar. Wir behalten uns vor, für die dritte Lesung eine bessere Formulierung vorzuschlagen.

Ministerialdirektor Casper erklärt, daß das Reichsversicherungsamt jeden Einzelnen zu seiner Entscheidung gelangenden Streitigen Fall, der die Stellung der Hausgewerbetreibenden betrifft, sorgfältig prüfen werde.

Abg. Albrecht (Soz.) bittet nochmals um Annahme des sozialdemokratischen Antrages. Auf allen Betriebsleiterkreisen wird der Ruf nach Ausdehnung der Versicherung auf die Hausgewerbetreibenden erhoben.

Der Antrag wird abgelehnt. Der Rest des ersten Buches wird debattelos erledigt.

Es folgt das zweite Buch:

### Krankenversicherung.

§ 177 fest die Höchstgrenze des Jahreseinkommens für die obligatorische Krankenversicherung wie bisher auf 2000 Mk. fest. Die Abgg. Albrecht u. Gue (Soz.) beantragen diese Höchstgrenze auf 5000 Mk. zu erhöhen und die Versicherungspflicht auf die selbständigen Handwerker auszudehnen.

Abg. Bäckner (Soz.) begründet den Antrag. Die Höchstgrenze von 2000 Mk. ist vor 27 Jahren beschlossen worden. Seitdem ist der Geldwert stark gesunken, und eine Summe von 5000 Mk. entspricht nur den heutigen Verhältnissen. Mit der Annahme dieses Antrages würden Sie auch den Privatangeestellten entgegenkommen. (Bravo! bei den Soz.)

Abg. Pauli-Vollsdam (Konf.) bekämpft den Antrag.

Abg. Brähne (Soz.): Der Handwerker Pauli sollte unseren Anträgen wirklich zustimmen. Er bedeutet wirklich handwerkerfreundliche Politik.

Abg. Koch (Soz.) bekämpft die von der Kommission beschlossene Streichung der Techniker aus dem Gesetz unter Hinweis darauf, daß gerade die Lage der akademisch gebildeten Techniker unmittelbar nach Studium eine äußerst traurige ist.

Der Antrag Albrecht wird abgelehnt, ebenso ein Antrag Brähne (Soz.) dem Bundesrat die Ermächtigung zu geben, die Versicherungspflicht für bestimmte Berufsstände auf Gewerbetreibende auszudehnen. Die Kommission hat diese Bestimmung in der ursprünglichen Regierungsvorlage gestrichen.

Ebenfalls gestrichen hat die Kommission die Ermächtigung des Gemeindeverbandes, die Versicherung naturgemäß auf Familienangehörige des Arbeiters auszudehnen.

Abg. Busold (Soz.) begründet den Antrag.

Vor der Abstimmung bezweifelt Abg. Bredel (Soz.) die Beschlußfähigkeit des Hauses.

Da das Bureau den Zweifel teilt, wird die Beratung abgebrochen.

Nächste Sitzung Montag 12 Uhr: Fortsetzung.

Schluss 5½ Uhr.

## Im preussischen Abgeordnetenhaus

beschäftigte man sich Sonnabend ausschließlich mit lokalen Eisenbahnfragen. Fünf bis sechs Abgeordnete hörten den Monologen der Redner zu und auch sie nur, weil sie gemeinet waren und das Wort natürlich nicht verlieren mochten. Präsident von Rögner aber saß schon im D-Zug und fuhr gen Köln, um am Sonntag zu reisen.

Abg. Wente (Fortfchr. Vp.) gibt im Namen der Bewohner der schlesischen Gebirgsstrecke seiner Freude darüber Ausdruck, daß die schlesische Gebirgsbahn mit ihren Nebenstrecken als eine der ersten für den elektrischen Betrieb eingerichtet werden soll. Außer den bereits in der Denkschrift angeführten Vorteilen des elektrischen Betriebes sei insbesondere der Fortfall der Rauchbelästigung, die sich besonders beim Durchfahren der Tunnel stark bemerkbar macht, zu erwähnen. Redner spricht den Wunsch aus, daß durch die oberirdische Stromzuführung das Landschaftsbild nicht leiden möge; ferner, daß gleichzeitig mit der Einführung des elektrischen Betriebes auch eine elektrische Beleuchtung der Waggon's Hand in Hand gehen möge. Auch auf der Bahnstrecke Pirschberg—Mauer—Bähn sei der vorhandenen Tunnel wegen die Einführung des elektrischen Betriebes wünschenswert. Redner tritt ferner für das schon von dem verstorbenen Abg. Wagner-Schmiedeberg alljährlich warm befürwortete Projekt einer Riesengebirgs-Längs- oder Gürtelbahn ein. Die Sommerfeste im mittleren Teile des Riesengebirges seien durch die Bahnhäuser nach Schreiberhau und Schmiedeberg bzw. Krummhölz stark ins Hintertreffen gekommen, und in ihrem Interesse sei der Bau der Riesengebirgsbahn unbedingt erforderlich.

Abg. v. Kardorff (Ztr.): Der Nachschneezug Sagan—Lissa sollte auch in Frankfurt halten und der Fahrplan von Lissa—Järschlin gründlich verbessert werden. Unsere Kleinstädte bedürfen tüchtiger Förderung.

Abg. Schanze (Ztr.) schließt sich den für das Riesengebirge geäußerten Wünschen an, meint aber, daß über dem Riesengebirge nicht die anderen schlesischen Gebirge vergessen werden dürfen und empfiehlt deshalb die Herstellung besserer Verbindungen von Breslau nach dem Malzburger, Glatzer und Genugebirge, die ebenso viele Schönheiten bieten, wie das in der Pochstien sehr stark überlaufene Riesengebirge, und die gerade dem weniger gut situierten Mittelstande dienen. Redner verlangt ferner Verbesserung des Verkehrs zwischen Breslau und Orlau—Brieg, sowie den Bau einer Linie Rieg—Mamslau.

Montag wird weiter über die Wahlkreisbahnen gesprochen.

## 13. Generalversammlung

### der Maler Deutschlands.

München, den 5. Mai 1911.

Der Zentralverband der Maler, Lackierer, Anstreicher, Lüncher und Weißbinder Deutschlands hält in der Woche vom 8 bis 13. Mai in der hiesigen Schwabinger Brauerei seine 13. ordentliche Generalversammlung ab. Der Generalversammlung ist die Aufgabe gestellt, einen inneren Ausbau der Organisation vorzunehmen und sie dürfte eine der bedeutungsvollsten Tagungen des Verbandes werden.

Im Mittelpunkt der Verhandlungen dürfte die Frage der eventuellen Einführung der Erwerbslosenunterstützung stehen. Dieser Punkt wurde in den Mitgliederkreisen besonders eifrig diskutiert. Schon im Jahre 1903 fand eine Abstimmung über die Einführung der Erwerbslosenunterstützung statt, wobei diese mit 7344 gegen 7095 Stimmen verworfen wurde. Die Generalversammlung zu Köln führte die fakultative Erwerbslosenunterstützung (das heißt die Arbeitslosenunterstützung, die Krankenunterstützung hat den Verband schon seit 11 Jahren) ein und beauftragte den Vorstand, der nächsten Generalversammlung eine Vorlage über die Einführung der obligatorischen Erwerbslosenunterstützung zu unterbreiten. Die Generalversammlung kam nun der Vorstand nach. Er unterbreitete der Generalversammlung eine Vorlage, gegen die aber in Mitgliederkreisen starke Opposition erhoben wurde.

Der Geschäftsbericht des Vorstandes umfaßt die Jahre 1909 und 1910, die beide in wirtschaftlicher Beziehung nicht günstig für das Malergewerbe waren. Dem Verbande gelang es trotzdem, für seine Mitglieder ganz erhebliche Vorteile zu erringen. Das Jahr 1910 war aber wie für das Baugewerbe auch für die Maler ein Kampfsjahr in ganz besonderem Maße, brachte es doch die ganze Tarifbewegung mit dem Abschluß eines Tarifes, der sich über ganz Deutschland erstreckte. Durch diese Tarifbewegung wurden die Lohn- und Arbeitsverhältnisse von rund 58.000 Personen tariflich geregelt.

Insgesamt wurden 1910 376 Lohnbewegungen geführt, die sich auf 555 Orte mit 17406 Betrieben und 61.086 Beschäftigten erstreckten. 309 Bewegungen wurden ohne Arbeitszeitverlängerung zum Abschluß gebracht, die übrigen fanden ihre Erledigung durch Streiks und Aussperrungen. Von den Bewegungen endeten mit vollem Erfolg 56 mit 1945 Personen, mit teilweisem Erfolg 31 mit 58.585 und ohne Erfolg nur 7 mit 61 Beteiligten. Erreicht wurde durch diese Lohnbewegungen: eine Arbeitszeitverlängerung für 24.049 Personen um 20.177 Stunden wöchentlich, und eine Lohnverhöhung für 69.773 Betheiligte um wöchentlich 94.698 Mark. Außerdem wurden noch sonstige verschiedene Verbesserungen der Arbeitsverhältnisse errungen. Die Gesamtkosten der Lohnbewegungen, Streiks und Aussperrungen betrugen 60.225,26 Mark.

Im Jahre 1909 wurden nur insgesamt 68 Lohnbewegungen mit 2615 Beschäftigten geführt. 29 Bewegungen mit 1370 Beteiligten wurden ohne Arbeitszeitverlängerung, in 22 Orten mit 650 Personen durch Streiks und Aussperrungen zum Abschluß gebracht. Von den Bewegungen endeten mit vollem Erfolg 3 mit 190 Beteiligten, mit teilweisem Erfolg 36 mit 2170, und ohne Erfolg 7 mit 124 Personen. Erreicht wurde durch diese Kämpfe eine Arbeitszeitverlängerung für 887 Arbeiter um wöchentlich 2035 Stunden, und eine Lohnverhöhung für 1861 Betheiligte um 1774,93 Mark wöchentlich. Die Gesamtkosten für diese Bewegungen beliefen sich auf 16.553,05 Mark.

Die Mitgliederbewegung zeigte trotz der wenig günstigen Geschäftslage einen erfreulichen Aufschwung. Bei Beginn der Geschäftsjahre zählte der Verband 36.319 Mitglieder. Das Jahr 1909 brachte eine Zunahme um 2414 und das Jahr 1910 eine weitere Steigerung um 3149; die Mitgliederzahl lag bis Ende 1910 auf 41.883. Die durchschnittliche Mitgliederzahl für 1910 betrug 42.692 — die höchste Zahl stellte das dritte Quartal mit 44.158 —, das sind 51,76 Prozent der Organisationsfähigen. Der Verband hat aber unter einer sehr starken Fluktuation zu leiden, ein hoher Prozentsatz der Ausgenommenen hat dem Verbande schon wieder den Rücken gekehrt. Eine vom Verbande im September 1910 veranstaltete Erhebung über die Mitgliederabsichtsbewegung der Maler ergab folgendes Ergebnis: 19.546 Mitglieder der Maler hörten dem Verbande bis zu einem Jahre an, 21.219 über 1 Jahr bis zu 5 Jahren, 7650 über 5 bis zu 10 Jahren, 1681 über 10 bis zu 15 Jahren, und 225 Mitglieder über 15 Jahre. Also nur 4,6 Prozent sämtlicher Mitglieder des Verbandes sind länger als 10 Jahre Mitglieder des Verbandes!

Nach dem Kassenbericht belaufen sich die Einnahmen für das Jahr auf 1.886.806,82 Mark und die Ausgaben



auf 1.532.149,78 Mark. An Beitragsmarken wurden 1909 862.111,45 Mark und 1910 946.918,80 Mark vereinnahmt. Von den Ausgaben sind hervorzuheben: Für Abkation und Konfessionen 1909 37.648,50 Mark, 1910 43.483,42 Mark; Krankenunterstützung 1909 107.983,60 Mark, 1910 112.391,25 Mark; Streikunterstützung 1909 16.379,15 Mark, 1910 98.377,45 Mark (hierunter sind 50.000 Mark für die ausgesperrten Bauarbeiter); Arbeitslosenunterstützung (sachfällig) nur 1910 64.115,46 Mark; für das Verbandsgelände, den „Verbandsangel“, wurden 1909 45.759,38 Mark und 1910 47.435,57 Mark ausgegeben. Das Gesamtvermögen des Verbandes betrug am Schlusse der Geschäftsperiode 1.929.431,75 Mark gegen 1.097.866,52 Mark Ende 1903. Die Abrechnung zeigt, daß die Verhältnisse des Verbandes ganz günstige sind.

## Schlesien, Posen und Nachbargebiete.

### Unmetter.

Nachdem schon am Donnerstag heftige Gewitter im mittelschlesischen Gebirge tobten, so am Freitag in den späten Nachmittagsstunden fast über ganz Schlesien Gewitter, die zum Teil erheblichen Schaden auf den Fluren anrichteten. Aus Briesg wird gemeldet: Ein schweres Unwetter ist Freitag Abend über unsere Gegend niedergegangen und hat namentlich im südlichen Teil des Briesger Kreises sowie im Graulauer Kreise schwere Schäden angerichtet. In den Gemeindegemeinden von Johndorf, Bogarell usw. haben die Schloßen, die in Wäldern standen, erhebliche Beschädigungen der Fluren hervorgerufen. In der 12. Stunde lehrte dann das Gewitter zurück, wobei ein wolkenbruchartiger Regen niederfiel, der in Gölz, Kellern und tiefergelegenen Straßen eine teilweise Überschwemmung hervorrief.

Über Grottkau und Umgebung ging Freitag Nachmittag ein schweres Unwetter nieder. Nachmittag gegen 5½ Uhr schlug ein Hagelsturm in den Turm der hiesigen katholischen Kirche ein. Zunächst wurde die große westliche Turmseite durch einen Hagelsturm auf der Spitze des Turms abgedeckt, an dem sie dann kräftig herniederfiel, am Ende aber vom Turm abgerissen. Das Sandsteinfundament eines an der Kirche befindlichen eisernen Hauses schloß sich und zwei Meter weiter in die Erde fuhr, in die der Hagel ein großes, fast einen halben Meter tiefes Loch gerissen hat. Die durch diesen Hagelsturm hervorgerufene Erschütterung bewirkte die Entladung von so stark, daß fast sämtliche Telefonapparate der Stadt alarmiert und sehr viele Sicherungen durchgebrannt worden sind. Weiter hat der Hagel in eine dem Schlosser Karl Scholz in Grottkau gehörige Scheune eingeschlagen und diese eingestürzt. Auch in Weißelsdorf hat der Hagel in ein Gebäude eingeschlagen, ohne zu zünden.

Ein Gewitter, das vom Jochen der Schweidnitz und die Gegend nach Eriegen heftig, brachte wolkenbruchartigen Regen, so daß die Kanalisationen nur mit Mühe die Abflüsse zu fassen vermochten. Es folgten schwere elektrische Entladungen und der Hagel schlug wiederholt in elektrische Leitungen, welche in Wäldern. Die Gewitter am Abend haben auch die letzten Streden Hagelsturm gebracht und viel Schaden an der Schloßseite verursacht. Der Schloßherr des Schloßes war der Talschloß zwischen dem Gölzgebirge und der Schloßfeuer. Von dort werden auch mehrere Brandschäden durch Hagelsturm gemeldet und besonders betroffen wurde die Ortschaft Witzschke. Am Freitag der Hagelsturm im Oberdorf in die Gölzgebirge und heute die Hagelsturm. Das Feuer verdrängte sich mit größter Schnelligkeit und griff bald über auf die benachbarte Hofmannsche Besitzung. Beide Besitzungen brannten nieder und währenddem hatte ein anderer Hagelsturm noch auf dem Gölzgebirge die Gölzgebirge, wo ebenfalls ein Teil der Dörfler in Flammen aufging.

Gefährlicher schon war die Situation am Gölzgebirge, wo zum Beispiel in Karlsvalde, Kreis Reichenbach, das Gehöft des Stollenbergers Rod in Mische gelegte und zwei seiner Kasse im Stalle gebrannt wurden. Mit voller Wucht tobte das Unwetter in dem trübsten Reijegau und Umgebung, wo Wollenbrüche die Ortschaften Kiemerheide, Gauritz, Mannsdorf u. meierhoch unter Hagelsturm, jedoch zum Beispiel in Kiemerheide zur Rettung des Viehes aus den niedrigen gelegenen Gehöften die Feuerwehre alarmiert werden mußte.

Zwischen Böhmen und Sandhölz wurde durch die von den umliegenden Bergen herabstürzenden Wasserfälle des Wollenbruchs, der „Reißer Zeitung“ zufolge, die Eisenbahnstrecke so überflutet, daß der Zug nach Zie-

genholz zum Stehen gebracht werden mußte. Die Zugbedienungen mußten mit Sand anlegen, um das Eisenbahngleis zu schützen und vom Geröll zu säubern. Mit dreihundert Stunden Verspätung kam der Zug in Ziegenhals an. Bei Freitalbau auf den Feldern lagen die Eisenschloßen so dicht, daß man hätte glauben können, es wären Winterfelder. In Freitalbau OS. trat am 4½ Uhr Nachmittags vollständige Dunkelheit ein und doch ein furchtbares Hagelwetter herein, wie es seit mehr denn 50 Jahren nicht dagewesen. Durch die Hagelsturm großen Schloßen wurde der Koggen total zerstört und die Baumblüte vernichtet.

Aus Steinsdorf-Zelinau wird gemeldet: Steinsdorf total verheert. Die Schloßen haben die Felder zur Winterlandschaft verwandelt. Schloßen von Zaubenergröße sind darunter.

Am Freitag Nachmittag ging über Jäls und Umgebung ein hartes Unwetter nieder, welches von starkem Hagel begleitet war und auf den Feldern, vor allem aber in der Baumblüte viel Schaden anrichtete. In dem nahegelegenen Wäldchen ging oberhalb des Dorfes ein Wollenbruch nieder, welcher die linke Seite des Dorfes einige Zeit bis zu 1 Meter Tiefe unter Wasser setzte und alles, was nicht unter Wasser war, mit sich fortriss. Dem Bauer Schatzl stranten ein 1½ Jentner schweres Schwein und zwei Hühner. Die Feuerwehre in Jäls rückte zur Rettung aus und half die abschwindenden Holz- u. Porzellan dergew, auch trat die Spritze zum Auspumpen des Wassers aus den Kellern in Tätigkeit. Auch aus anderen Orten unseres Kreises kommt die Nachricht von Hagelwetter.

Donnerstag schlug der Hagel auf dem Jälsberge in Ziegenhals in eine hohe Höhe und in den „Finken“. In Ziegenhals-Ziegenhals traf der Hagel ins Freitalbau, bündel von Geröll und Gestein an 4 Stellen. Auch die Sicherungen der elektrischen Lampen brannten durch. Dem Fabrikpersonal gelang es, das Feuer zu unterdrücken. Auch bei Schönwald kam dichter Hagel nieder.

Ferner wird aus Freitalbau OS. geschrieben: Hagelkörner größer als Taubenier Kellen ungefähr 20 Minuten lang in so großer Mächtigkeit, daß Straßen, Gärten und Felder bald damit bedeckt waren und weiß erschienen. Der durch das Hagelwetter angerichtete Schaden ist bedeutend. Fenster-scheiben wurden in großer Anzahl zertrümmert, an der evangelischen Kirche allein gegen 30. Die Wälder der Obstbäume wurden vollständig vernichtet, ganze Zweige wurden von den Bäumen losgerissen; auch die Gemüsegärten sind arg mitgenommen worden. Die Saaten scheinen weniger gelitten zu haben, da sie noch nicht genügend entwickelt sind.

**Siegersberg, 7. Mai.** Wahl des Stadtvorstandes. Die Wahlleitung der städtischen Geschäftsführung durch die konfessionelle Organisation am vorigen Freitag war umsonst. Bei der Wahl erhielten Stadt. Jungfer 16 Stimmen, Stadt. Schubert 14 Stimmen. Stadt. Jungfer ist somit zum Stadtvorstandes-Vorsitzer gewählt.

**Eriegen, 7. Mai.** Gänse-Zwillinge. In Eriegen brüllte eine Gans von 14 ihr untergelegenen Gänzen 15 junge Gänse aus. Die beiden Zwillinge sind verhältnismäßig kräftig entwickelt und dürften am Leben bleiben.

**Reichenbach, 7. Mai.** Einsturz eines eisernen Turmes. Donnerstag Vormittag 11 Uhr stürzte der eiserne Turm der im hiesigen Braunkohlenbergwerk aufgestellten Schmelzhütte unter donnerähnlichem Getöse in sich zusammen. Der Wagenführer, der mit seinem Wagen an dem starken Drahtseil entlang fuhr, war gerade im Begriff, Kohlen auszuladen, als das Seil herunterfiel: er stürzte mit dem Wagen durch den Trichter hindurch, ohne erheblichen Schaden zu erleiden. Der Arbeiter Feige, der unter diesem Trichter stand, rettete sich durch einen Seitensprung vor dem sicheren Tode.

**Eriegen, 8. Mai.** Wieder eine unglückliche Maßnahme des Landrats Freiherr von Richthofen. Bei Ausbruch der Maul- und Klauenseuche in Gräben hatte der Landrat auch bestimmt, daß die Tauben nicht frei umherfliegen dürfen, sondern eingesperrt gehalten werden müssen. Die Folge davon war massenhaftes Absterben von jungen und weichen Tieren sowie Verlassen der Eier. Zwei Kasse taubenzüchter, die ebenfalls bedeutende Verluste hatten, schrien nach einigen Wochen ihre Schläge und gaben den Tauben die Freiheit wieder. Die Folge waren Strafbefehle, gegen die richterliche Entscheidung beantragt wurde. Das hiesige Schöffengericht, das über diese Angelegenheit zu entscheiden hatte, fällt kein Urteil, sondern wolle erst die Meinung des Regierungspräsidenten abwarten. Sachverständige erklärten das Eingesperrt der

Tauben als rohe Tierquälerei. Der Amtsanwalt, ein Oberleutnant a. D. beantragte Bestrafung, weil solche Selbsthilfe nicht erlaubt sei. Der Herr Oberleutnant glaubt eben, es ist überflüssig wie beim Militär, wo der Soldat auch jeden Befehl, und sei er noch so widersinnig, ausführen muß, nachher kann er sich ja beschweren. Die Antwort des Regierungspräsidenten ist sehr eingedenk: Tauben nicht einzusperrern. Das ist in wenigen Wochen das dritte Mal, daß der Regierungspräsident Maßnahmen des Landrats Freiherr v. Richthofen inhibiert.

**Wartha, 8. Mai.** Verschüttet. Im benachbarten Gabelsdorf arbeitete der Arbeiter Reinhold Schöpe allein in einer Sandgrube. Plötzlich löste sich dashängende und begrub ihn vollständig. Er konnte nur als Leiche unter den ihn bedeckenden Sandmassen hervorgezogen werden.

**Sömmerberg, 7. Mai.** Amtliche Jugendfürsorge. Bürgerliche Blätter berichten: Landrat v. Löwenberg hatte zu einer Aussprache über die Organisation der Jugendpflege Einladungen ergehen lassen, denen über hundert Herren aus den verschiedenen Ständen, namentlich Geistliche und Lehrer, Amtsvorsteher, Bürgermeister, Vorsitzende von Turnvereinen usw. Folge geleistet hatten. Dem hiesigen Kreise sind vom Regierungspräsidenten aus dem eine Million betragenden Fonds des Ministers 23.000 Mark überwiesen worden. Aus der Diskussion ergab sich, daß alle Anwesenden zur Mitarbeit bereit waren, worauf ein Jugendpflegeverband für den Kreis Löwenberg gebildet wurde.

Sonderbar, daß die Fürsorge für die Jugend erst in dem Augenblick erwachte, als die Arbeiter sich der Jugend annehmen. Mögen die Herrschaften sich drehen und wenden, wie sie wollen, mögen ihnen aus den Mitteln des städtischen Millionenfonds auch noch so zahlreich Spenden zukommen, die Jugend geht doch der Arbeiter zu, dafür sorgt schon die kapitalistische Wirtschaftsweise. Wenn schließlich die amtliche Jugendfürsorge für den Augenblick durch einige Mittel und den nötigen „Druck von oben“ einige Erfolge erzielt, über kurz oder lang kommen selbst die Jugendlichen zur Einsicht, daß wahre Bildung nur von der Arbeiter-schaft zu erwarten ist.

**Pleignitz, 7. Mai.** Die Folgen des Unternehmers-Terror. Unter der von den Unternehmern in Szene gesetzten Ausbesserung der Steinbrüche hat besonders die Gemeinde Pleignitz in hiesigen Kreise zu leiden. Hier ist nämlich die Pflasterung resp. Haussierung der Dorfstraße in Angriff genommen worden, aber seit sieben Wochen ruht jegliche Arbeit und man sieht nur zu beiden Seiten der Dorfstraße, die auch zum Teil gesperrt ist, hohe Steinwälle lagern, die für die Pflasterung bestimmt sind. Diese bilden ein Verkehrshindernis, ebenso der Bau einer Brücke über die Dorfstraße dort, wo ein Graben darunter hindurchfließt. Mit Wangen sehen die Einwohner der Erntezeit entgegen, wo der Wagenverkehr sehr lebhaft ist.

Wann löst sich die Gemeinde das ohne weiteres gefallen.

**Landeshut, 7. Mai.** Arbeiterkassette. Auf dem Grünfeldeisen Neubau verunglückte der Arbeiter Richter, indem er mit dem 3 Meter hohen Gerüst durchbrach, in die Tiefe stürzte, wobei der gefüllte Kasten auf ihn fiel. Er wurde an beiden Beinen und am Unterleibe verletzt und ist arbeitsunfähig. Der Bau wird vom Baumeister Anders ausgeführt. Schon voriges Jahr verunglückte auf demselben Bau und unter derselben Leitung mehrere Arbeiter. Herr Anders hat demnach keine Ursache, die gefüllte Kasse zu spielen, wenn sein Name so oft in den Zeitungen genannt werden muß, es mußte ihm ein Vorposten sein, etwas mehr auf die Unfallverhütungsvorschriften zu sehen. Die Untersuchen Bauen empfehlen wir der ganz besonderen Aufmerksamkeit der Bauvorsitzenden. Dem former Almond Jung, in der Baubücherei Maschinenfabrik beschäftigt, jurste am vergangenen Donnerstag glühendes Eisen in das Gesicht und verletzte ihm das linke Auge schwer, das andere etwas leichter. Ob die Schicht des schwerverletzten Auges erhalten bleiben kann, konnte noch nicht festgestellt werden.

**Bromberg, 8. Mai.** Fabrikbrand. Am Sonnabend in den Nachmittagsstunden ging die Chemische Fabrik von Wegner an der äußeren Dänzigerstraße in Flammen auf. Bei den heißen und heißen fand das Feuer reichliche Nahrung, jedoch nach zwei Stunden von der ganzen Fabrik nur ein rauchender Trümmerhaufen übrig war. Der außerst heftige Wind tat noch ein übriges bei dem Brande. Der dicke schwarze Rauch zog sich über das Unbatal auf mehrere Kilometer hin. Die Entschädigung ist unbekannt, dürfte aber in einer Explosion ihren Grund haben.

## 224. Königl. Preuss. Klassenlotterie.

5. Klasse. 1. Ziehungsstag. 6. Mai 1911. Samstag.  
Die Gewinne sollen auf die bezeichneten Lose  
beider Abteilungen.

Nur die Gewinne über 240 M. sind in Klammern beigefügt.  
(Die Gewinne über 240 M. sind in Klammern beigefügt.)

19 372 50 438 527 75 1127 (1000) 205 65 523 434 (3000)					
74 79 823 2145 263 455 527 455 510 95 620 (3000) 77					
27 81 420 155 355 71 887 8320 (1000) 52 475 615 47 705					
28 535 58 9051 (500) 75 453 63 91 704 7094 (500) 300					
543 635 3339 (500) 73 116 491 670 94 702 61 975 35					
27 29 314 425 644					
19 372 391 456 528 49 (500) 74 503 71 540 615 45 3735					
52 500 6 132 500 81 740 48 221 50 55 1210 493 54 (500)					
77 553 92 8 52 93 106 44 77 82 50 80 71 536 52 12 928					
4 427 52 11359 29 77 544 441 1003 83 1527 73 25 303					
1 520 8 52 52 15151 29 77 544 551 1003 83 993 (500) 45 17390					
2 427 52 11359 29 77 544 551 1003 83 993 (500) 45 17390					
74 257 19 553 60 83 132 77 57 28 65 355 25 53 74 521 75					
27 111 70 55 520 (1000) 655 730 75 28 (1000) 553					
25 20 77 225 (500) 428 713 556 2294 145 75 264 35					
21 21 444 504 62 45 75 5 958 52 712 559 425 531 39					
24 24 51 194 62 251 35 293 408 238 71 740 (500) 25 300 23					
58 2595 110 (500) 71 (500) 521 35 425 556 715 24 571					
44 26355 151 35 25 220 24 70 70 33 33 50 480 547 704 42					
3 575 13000 277 27078 126 62 533 44 65 730 232 15 533					
5 55 25802 227 (500) 340 528 715 555 22802 (500) 455 553					
11 512					
33377 31 75 (5000) 427 55 520 83 555 720 612 35 33211					
5 55 119 35 350 425 62 12 25 35 350 159 65 723					
5 61 47 722 350 (500) 553 707 25 220 35 45 34206					
6 61 47 722 350 (500) 553 707 25 220 35 45 34206					
6 61 47 722 350 (500) 553 707 25 220 35 45 34206					
4 77 608 528 64 32 575 53112 57 233 27 55 34 321 43 53					
2 555 33055 547 628 533 729 255 52					
46230 559 547 628 533 (500) 582 41225 25 45 141 55					
21 219 24 517 25 722 25 525 (500) 711 51 42121 54					
1 61 595 43022 54 4 230 60 525 501 84 42121 53					
5 55 721 333 45 45300 525 55 525 71 35 525 52 46001					
5 55 721 333 45 45300 525 55 525 71 35 525 52 46001					
5 55 721 333 45 45300 525 55 525 71 35 525 52 46001					
15 279 275 333 (5000) 550 559 57 (500) 55 541 517 25 46001					
4 575 54 525 (5000) 755 55 57 (500) 55 541 517 25 46001					
4 575 54 525 (5000) 755 55 57 (500) 55 541 517 25 46001					
5 55 721 333 45 45300 525 55 525 71 35 525 52 46001					
5 55 721 333 45 45300 525 55 525 71 35 525 52 46001					
5 55 721 333 45 45300 525 55 525 71 35 525 52 46001					
5 55 721 333 45 45300 525 55 525 71 35 525 52 46001					
5 55 721 333 45 45300 525 55 525 71 35 525 52 46001					
5 55 721 333 45 45300 525 55 525 71 35 525 52 46001					
5 55 721 333 45 45300 525 55 525 71 35 525 52 46001					
5 55 721 333 45 45300 525 55 525 71 35 525 52 46001					
5 55 721 333 45 45300 525 55 525 71 35 525 52 46001					
5 55 721 333 45 45300 525 55 525 71 35 525 52 46001					
5 55 721 333 45 45300 525 55 525 71 35 525 52 46001					
5 55 721 333 45 45300 525 55 525 71 35 525 52 46001					
5 55 721 333 45 45300 525 55 525 71 35 525 52 46001					
5 55 721 333 45 45300 525 55 525 71 35 525 52 46001					
5 55 721 333 45 45300 525 55 525 71 35 525 52 46001					
5 55 721 333 45 45300 525 55 525 71 35 525 52 46001					
5 55 721 333 45 45300 525 55 525 71 35 525 52 46001					
5 55 721 333 45 45300 525 55 525 71 35 525 52 46001					
5 55 721 333 45 45300 525 55 525 71 35 525 52 46001					
5 55 721 333 45 45300 525 55 525 71 35 525 52 46001					
5 55 721 333 45 45300 525 55 525 71 35 525 52 46001					
5 55 721 333 45 45300 525 55 525 71 35 525 52 46001					
5 55 721 333 45 45300 525 55 525 71 35 525 52 46001					
5 55 721 333 45 45300 525 55 525 71 35 525 52 46001					
5 55 721 333 45 45300 525 55 525 71 35 525 52 46001					
5 55 721 333 45 45300 525 55 525 71 35 525 52 46001					
5 55 721 333 45 45300 525 55 525 71 35 525 52 46001					
5 55 721 333 45 45300 525 55 525 71 35 525 52 46001					
5 55 721 333 45 45300 525 55 525 71 35 525 52 46001					
5 55 721 333 45 45300 525 55 525 71 35 525 52 46001					
5 55 721 333 45 45300 525 55 525 71 35 525 52 46001					
5 55 721 333 45 45300 525 55 525 71 35 525 52 46001					
5 55 721 333 45 45300 525 55 525 71 35 525 52 46001					
5 55 721 333 45 45300 525 55 525 71 35 525 52 46001					
5 55 721 333 45 45300 525 55 525 71 35 525 52 46001					
5 55 721 333 45 45300 525 55 525 71 35 525 52 46001					
5 55 721 333 45 45300 525 55 525 71 35 525 52 46001					
5 55 721 333 45 45300 525 55 525 71 35 525 52 46001					
5 55 721 333 45 45300 525 55 525 71 35 525 52 46001					
5 55 721 333 45 45300 525 55 525 71 35 525 52 46001					
5 55 721 333 45 45300 525 55 525 71 35 525 52 46001					
5 55 721 333 45 45300 525 55 525 71 35 525 52 46001					
5 55 721 333 45 45300 525 55 525 71 35 525 52 46001					
5 55 721 333 45 45300 525 55 525 71 35 525 52 46001					
5 55 721 333 45 45300 525 55 525 71 35 525 52 46001					
5 55 721 333 45 45300 525 55 525 71 35 525 52 46001					
5 55 721 333 45 45300 525 55 525 71 35 525 52 46001					
5 55 721 333 45 45300 525 55 525 71 35 525 52 46001					
5 55 721 333 45 45300 525 55 525 71 35 525 52 46001					
5 55 721 333 45 45300 525 55 525 71 35 525 52 46001					
5 55 721 333 45 45300 525 55 525 71 35 525 52 46001					
5 55 721 333 45 45300 525 55 525 71 35 525 52 46001					
5 55 721 333 45 45300 525 55 525 71 35 525 52 46001					
5 55 721 333 45 45300 525 55 525 71 35 525 52 46001					
5 55 721 333 45 45300 525 55 525 71 35 525 52 46001					
5 55 721 333 45 45300 525 55 525 71 35 525 52 46001					
5 55 721 333 45 45300 525 55 525 71 35 525 52 46001					
5 55 721 333 45 45300 525 55 525 71 35 525 52 46001					
5 55 721 333 45 45300 525 55 525 71 35 525 52 46001					
5 55 721 333 45 45300 525 55 525 71 35 525 52 46001					
5 55 721 333 45 45300 525 55 525 71 35 525 52 46001					
5 55 721 333 45 45300 525 55 525 71 35 525 52 46001					
5 55 721 333 45 45300 525 55 525 71 35 525 52 46001					
5 55 721 333 45 45300 525 55 525 71 35 525 52 46001					
5 55 721 333 45 45300 525 55 525 71 35 525 52 46001					
5 55 721 333 45 45300 525 55 525 71 35 525 52 46001					
5 55 721 333 45 45300 525 55 525 71 35 525 52 46001					
5 55 721 333 45 45300 525 55 525 71 35 525 52 46001					
5 55 721 333 45 45300 525 55 525 71 35 525 52 46001					
5 55 721 333 45 45300 525 55 525 71 35 525 52 46001					
5 55 721 333 45 45300 525 55 525 71 35 525 52 46001					
5 55 721 333 45 45300 525 55 525 71 35 525 52 46001					
5 55 721 333 45 45300 525 55 525 71 35 525 52 46001					
5 55 721 333 45 45300 525 55 525 71 35 525 52 46001					
5 55 721 333 45 45300 525 55 525 71 35 525 52 46001					
5 55 721 333 45 45300 525 55 525 71 35 525 52 46001					
5 55 721 333 45 45300 525 55 525 71 35 525 52 46001					
5 55 721 333 45 45300 525 55 525 71 35 525 52 46001					
5 55 721 333 45 45300 525 55 525 71 35 525 52 46001					
5 55 721 333 45 45300 525 55 525 71 35 525 52 46001					
5 55 721 333 45 45300 525 55 525 71 35 525 52 46001					
5 55 721 333 45 45300 525 55 525 71 35 525 52 46001					
5 55 721 333 45 45300 525 55 525 71 35 525 52 46001					
5 55 721 333 45 45300 525 55 525 71 35 525 52 46001					
5 55 721 333 45 45300 525 55 525 71 35 525 52 46001					
5 55 721 333 45 45300 525 55 525 71 35 525 52 46001					
5 55 721 333 45 45300 525 55 525 71 35 525 52 46001					
5 55 721 333 45 45300 525 55 525 71 35 525 52 46001					
5 55 721 333 45 45300 525 55 525 71 35 525 52 46001					
5 55 721 333 45 45300 525 55 525 71 35 525 52 46001					
5 55 721 333 45 45300 525 55 525 71 35 525 52 46001					
5 55 721 333 45 45300 525 55 525 71 35 525 52 46001					
5 55 721 333 45 45300 525 55 525 71 35 525 52 46001					
5 55 721 333 45 45300 525 55 525 71 35 525 52 46001					
5 55 721 333 45 45300 525 55 525 71 35 525 52 46001					
5 55 721 333 45 45300 525 55 525 71 35 525 52 46001					
5 55 721 333 45 45300 525 55 525 71 35 525 52 46001					
5 55 721 333 45 45300 525 55 525 71 35 525 52 46001					
5 55 721 333 45 45300 525 55 525 71 35 525 52 46001					
5 55 721 333 45 45300 525 55 525 71 35 525 52 46001					
5 55 721 333 45 45300 525 55 525 71 35 525 52 46001					
5 55 721 333 45 45300 525 55 525 71 35 525 52 46001					
5 55 721 333 45 45300 525 55 525 71 35 525 52 46001					
5 55 721 333 45 45300 525 55 525 71 35 525 52 46001					
5 55 721 333 45 45300 525 55 525 71 35 525 52 46001					
5 55 721 333 45 45300 525 55 525 71 35 525 52 46001					
5 55 721 333 45 45300 525 55 525 71 35 525 52 46001					
5 55 721 333 45 45300 525 55 525 71 35 525 52 46001					
5 55 721 333 45 45300 525 55 525 71 35 525 52 46001					
5 55 721 333 45 45300 525 55 525 71 35 525 52 46001					
5 55 721 333 45 45300 525 55 525 71 35 525 52 46001					
5 55 721 333 45 45300 525 55 525 71 35 525 52 46001					
5 55 721 333 45 45300 525 55 525 71 35 525 52 46001					
5 55 721 333 45 45300 525 55 525 71 35 525 52 46001					
5 55 721 333 45 45300 52					